

GEMEINSAM
VERÄNDERUNG
BEWIRKEN

JAHRES

ABSCHLUSS

2017

INHALT

1
BERICHT DES AUFSICHTSRATS
AN DIE GESELLSCHAFTERIN

1

4
LAGEBERICHT 2017

5
GESCHÄFT UND
RAHMENBEDINGUNGEN

12
VERMÖGENS-, FINANZ-
UND ERTRAGSLAGE

13
WIRTSCHAFTLICHE LAGE

17
ANTEIL VON FRAUEN IM
VORSTAND, AUFSICHTSRAT
UND KURATORIUM

18
AUSBlick

2

21
JAHRESABSCHLUSS 2017

22
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

24
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR
BIS 31. DEZEMBER 2017

25
ANHANG 2017

25
ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ
UND DER GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG

25
ALLGEMEINE ANGABEN
ZU DEN BILANZIERUNGS- UND
BEWERTUNGSMETHODEN

27
ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

32
ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-
UND VERLUSTRECHNUNG

33
SONSTIGE ANGABEN

34
ANGABEN ZUM AUFSICHTSRAT
UND ZUM VORSTAND

36
ANLAGE ZUM ANHANG
ENTWICKLUNG DES ANLAGE-
VERMÖGENS IM GESCHÄFTS-
JAHR 2017

3

38
BESTÄTIGUNGSVERMERK
DES ABSCHLUSSPRÜFERS

40
IMPRESSUM

BERICHT DES AUFSICHTSRATS AN DIE GESELLSCHAFTERIN

SITZUNGEN

Der Aufsichtsrat der GIZ kam im Jahr 2017 zu drei ordentlichen Sitzungen und – mit Blick auf das Auslaufen der Amtszeit des bisherigen Aufsichtsrats – im Juli 2017 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Der Prüfungsausschuss hielt eine Sitzung ab.

PERSONALIA

Im Geschäftsjahr 2017 gab es folgende personelle Änderungen im Aufsichtsrat:

Auf Anteilseignerseite wurde Frau Claudia Dörr-Voß, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, als Vertreterin in den Aufsichtsrat berufen. Sie folgte Frau Bundesministerin Brigitte Zypries nach, die ihr Mandat im Januar 2017 niederlegte. Weiterhin legte Herr Staatssekretär Stephan Steinlein sein Mandat im März 2017 nieder. Als Nachfolger wurde Herr Walter Johannes Lindner, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, bestellt.

Darüber hinaus standen mit dem Auslaufen der Amtszeit des bisherigen Aufsichtsrats die zehn Arbeitnehmervertreter/-innen des Aufsichtsrats zur Neuwahl. Die wahlberechtigten Mitarbeiter/-innen der GIZ wählten am 31. Mai 2017 folgende Vertreter/-innen in den Aufsichtsrat:

Jan Wesseler (GIZ, Ruanda), Dr. Stephan Krall (GIZ, Eschborn), Mariella Regh (GIZ, Bonn), Armin Hofmann (GIZ, Myanmar), Jens Neumann (GIZ, Eschborn), Paul Schlüter (GIZ, Bonn), Dr. Sabine Müller (GIZ, Eschborn), Birgit Ladwig (ver.di Bundesverwaltung), Thomas Schenk (ver.di Landesbezirk Hessen) und Tobias Schürmann (ver.di Bundesverwaltung).

Auch die Gesellschafterin bestellte mit Wirkung zum 7. Juli 2017 die Vertreter/-innen der Anteilseignerseite neu. Die Neubestellung war jedoch nicht mit personellen Änderungen verbunden.

In der konstituierenden Sitzung am 7. Juli 2017 wählten die Aufsichtsratsmitglieder Herrn Staatssekretär Dr. Friedrich Kitschelt zu ihrem Vorsitzenden, Herrn Jan Wesseler zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Dr. Stephan Krall zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Daneben wurden auch die drei Ausschüsse des Aufsichtsrats neu besetzt:

Als Mitglieder des Prüfungsausschusses wurden Herr Johannes Schmalzl, Frau Claudia Dörr-Voß, Herr MdB Volkmar Klein, Frau Dr. Sabine Müller, Herr Thomas Schenk und Frau Mariella Regh bestellt. Herr Johannes Schmalzl wurde erneut zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt.

Zu den Mitgliedern des Eilausschusses wurden neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter Frau MdB Anja Hajduk und Herr Paul Schlüter gewählt.

Mitglieder des ständigen Ausschusses sind neben dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter Frau MdB Sonja Steffen und Herr Armin Hofmann.

BERATUNG UND ÜBERWACHUNG DES VORSTANDS

Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand erfolgte auf einer vertrauensvollen Basis. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat im Berichtsjahr 2017 laufend über die Geschäftspolitik, den Gang der Geschäfte sowie über die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft. Auf Grundlage der Berichterstattung und der gemeinsamen Sitzungen konnte der Aufsichtsrat seiner Beratungs- und Überwachungsfunktion gegenüber dem Vorstand gerecht werden.

Der Aufsichtsrat war in die für das Unternehmen wichtigen Entscheidungen einbezogen, hat den Vorstand in zentralen Fragestellungen beraten und nach eingehender Prüfung entsprechende Zustimmungen erteilt. Folgende Themen sind dabei aufgrund ihrer zentralen Bedeutung besonders hervorzuheben:

- Im Geschäftsjahr 2017 konnte der Prozess der Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen werden. Durch eine Zustimmung des Aufsichtsrats wurde unter anderem die Einführung der betrieblichen Altersversorgung für neue Mitarbeiter/-innen beschlossen, die ab dem Jahr 2016 in die GIZ eingetreten sind oder zukünftig eintreten werden.
- Der Aufsichtsrat stimmte einer Änderung des Vergütungstarifvertrages mit Blick auf die Erhöhung der Auslandszulage für Einsätze in fragilen Ländern zu.
- Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat der technischen Realisierung des Konzepts „Neue Arbeitswelten“ in den Liegenschaften der GIZ in Bonn und damit der Aufstockung des bisherigen Investitionsvolumens für den Bau des sich in Errichtung befindlichen Campusgebäudes zu. Das Konzept beinhaltet unter anderem die Anpassung der Arbeitsfläche an die jeweiligen Bedürfnisse der Organisationseinheit.
- Der Aufsichtsrat erteilte seine Zustimmung für eine Aufstockung des Budgets für den Bau der neuen Bildungsstätte der GIZ in Bonn-Röttgen. Anfang Januar 2018 wurde der Fort- und Weiterbildungsbetrieb am neuen Standort aufgenommen und die Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) bezog den Campus Kottenforst, der nach dem gleichnamigen Naturschutzgebiet in unmittelbarer Nähe benannt ist.
- Des Weiteren stimmte der Aufsichtsrat der Einführung einer digitalen Arbeitsplattform im Kontext neuer Formen virtueller Zusammenarbeit im Unternehmen zu. Die GIZ stellt sich damit den Herausforderungen des digitalen Wandels und verfolgt das Ziel, die Effizienz sämtlicher Prozesse zu erhöhen und die Effektivität in der Leistungserbringung zu steigern.
- In einem schriftlichen Verfahren stimmte der Aufsichtsrat dem Abschluss eines Vertrages über die Anmietung von Arbeits- und Wohnfläche im Green Village Compound in Kabul, Afghanistan, aufgrund der schwierigen Sicherheitslage vor Ort zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte der Finanz-, Investitions- und Personalplanung für das Jahr 2018 zu. Demnach plante die GIZ für das Jahr 2018 mit Auftragsengängen auf sehr hohem Niveau sowie einem weiteren Anstieg des Geschäftsvolumens. Durch den raschen Anstieg des Auftragsvolumens im Jahr 2017 wurde auch mit einem wachsenden Personalbestand der GIZ gerechnet.

BERICHTE DES VORSTANDS

Der Vorstand kam auch im Jahr 2017 seinen Berichtspflichten nach.

So stellte er dem Aufsichtsrat unter anderem die Langfristige Unternehmensplanung 2018–2020 vor. Die Langfristige Unternehmensplanung gibt einen Überblick über durchgeführte Umfeldanalysen und die Einschätzungen der GIZ zur Marktentwicklung.

Der Aufsichtsrat wurde außerdem über Stand und Entwicklung der Gleichstellungspolitik in der GIZ unterrichtet. Der Anteil von Frauen in den Bändern 5 bis 7 hat sich im Jahr 2017 auf 40 % erhöht, wobei zwischen dem In- und Ausland zu differenzieren ist (Inland: 45 %, Ausland: 36 %).

Außerdem berichtete der Vorstand zum „Zielbild 2020“ für die vier Landesbüros mit regionaler Zuständigkeit. Dabei wurde die Notwendigkeit von Strukturanpassungen erläutert und es wurden die unterschiedlichen, für die Zukunft der Büros erfolgsversprechenden Segmente aufgezeigt.

Zusätzlich informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über die Situation der GIZ-Mitarbeiter/-innen in fragilen Kontexten und die Personalimplikationen, die sich aus den Situationen der Fragilität und Unsicherheit ergeben.

Der Vorstand berichtete regelmäßig über die Geschäftsentwicklung der GIZ, die im Geschäftsjahr 2017 erneut sehr positiv war. Sowohl die Auftragseingänge als auch das Geschäftsvolumen konnten gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden. Die Steigerung der Auftragseingänge ist auf höhere Beauftragungen im BMZ-Geschäft und hier insbesondere im TZ-Titel, in der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ und auf einen steigenden Umfang an Kofinanzierungen zurückzuführen. Auch das Jahresergebnis des Geschäftsbereichs International Services war positiv.

JAHRESABSCHLUSS 2017

Die KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Es wurde bestätigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht sowie insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft gibt und dass die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt werden.

Der Aufsichtsrat billigte in seiner Sitzung am 2. Juli 2018 das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 durch den Abschlussprüfer und den vom Aufsichtsrat bestellten Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterin, den Jahresabschluss 2017 festzustellen und die Geschäftsführung zu entlasten.

Berlin, den 2. Juli 2018



Martin Jäger

Vorsitzender des GIZ-Aufsichtsrats

Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



LAGEBERICHT

2017

I. GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

A. UNTERNEHMEN

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist ein gemeinnütziges Bundesunternehmen mit Sitz in Bonn und Eschborn. Sie unterstützt die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung sowie in der internationalen Bildungsarbeit zu erreichen. Als modernes, wirtschaftlich agierendes Unternehmen steht die GIZ für Qualität, Effizienz und Innovation.

Die GIZ ist in rund 120 Ländern weltweit aktiv. Die langjährige Präsenz vor Ort und weltweite Netzwerke in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit vielen Akteuren.

Weltweit hat die GIZ rund 19.500 Mitarbeiter/-innen – davon arbeiten etwa 70 % als nationale Mitarbeiter/-innen, die außerhalb Deutschlands vor Ort beschäftigt sind. Hinzu kommen 590 Fachkräfte, die als Entwicklungshelfer/-innen für die GIZ im Einsatz sind. Darüber hinaus vermittelt CIM¹ Fachkräfte an lokale Arbeitgeber. Zum Jahresende 2017 hat CIM 869 Integrierte und Rückkehrende Fachkräfte an lokale Arbeitgeber in den Einsatzländern vermittelt beziehungsweise finanziell oder durch Beratungs- und Serviceleistungen unterstützt.

Die GIZ steht für effektive grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Wissensvermittlung sowie Kompetenzentwicklung und deckt im internationalen Vergleich ein einmaliges Spektrum an Arbeitsfeldern ab. Die GIZ verfügt über mehr als 50 Jahre Erfahrung in unterschiedlichsten Feldern – angefangen bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über den Aufbau von Staat und Demokratie, die Förderung von Frieden, Sicherheit, Wiederaufbau sowie zivile Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung bis hin zu Energiefragen, Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. Je nach Bedarf, Region und Kontext kombiniert die GIZ ihre Dienstleistungen zu maßgeschneiderten Lösungen. Das Spektrum reicht von fachlichen Beratungsdienstleistungen über individuelle Fortbildungen, die Stärkung von Organisationen und Institutionen bis hin zu Vernetzungs-, Dialog- und Mediationsdienstleistungen, Projektmanagement sowie Beschaffungs- und Logistikdienstleistungen.

Wichtigster Auftraggeber der GIZ ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus ist die GIZ für weitere Bundesressorts – darunter das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das Bundesministerium der Finanzen (BMF), das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) –, für Bundesländer sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Regierungen anderer Länder, die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen sowie regionale und multilaterale Entwicklungsbanken, aber auch private Stiftungen wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung beauftragen die GIZ mit eigenen Vorhaben oder beteiligen sich an Vorhaben der Bundesressorts. Auch mit der Privatwirtschaft arbeitet die GIZ über Aufträge und Kofinanzierungen eng zusammen und unterstützt ihre Auftraggeber durch das erfolgreiche Zusammenspiel von Entwicklungsmaßnahmen und außenwirtschaftlichen Aktivitäten.

Neben dem Gemeinnützigen Geschäftsbereich (GnB) wird die GIZ mit Zustimmung der Bundesregierung auch im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich International Services (InS) von internationalen Auftraggebern direkt beauftragt. Zu diesen internationalen Auftraggebern zählen neben der Europäischen Union (EU) auch nationale Regierungen sowie bi- und multilaterale Geber. Hinzu kommen Aufträge aus der Privatwirtschaft.

B. STRATEGIE

Die Ausrichtung der GIZ ist geprägt von den Trends und Entwicklungen im Umfeld des Unternehmens. Für die GIZ sind insgesamt zehn globale Trends und Entwicklungen gegenwärtig und in den nächsten drei bis fünf Jahren von zentraler Bedeutung, aus denen sich Chancen und Risiken für das Unternehmen ableiten lassen.

¹ Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) ist eine Arbeitsgemeinschaft der GIZ und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit. CIM mobilisiert im Rahmen von Personalvermittlungsprogrammen für lokale Arbeitgeber in Partnerländern hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Im Programm „Integrierte Fachkräfte“ werden deutsche und europäische Expertinnen und Experten für Einsätze bis zu sechs Jahren vermittelt. Im Programm „Rückkehrende Fachkräfte“ werden ausländische Fachkräfte nach einem Studium, einer Ausbildung oder einer Arbeitstätigkeit in Deutschland unterstützt, um in ihren Herkunftsländern entwicklungspolitisch bedeutsame Positionen zu übernehmen.

ENTWICKLUNGEN UND TRENDS IM UMFELD DER GIZ

Trend 1: Fragilität und gewaltsame Konflikte gewinnen zunehmend an Bedeutung

Fragilität, Staatszerfall, gewaltsame Konflikte, Bürgerkriege und Terrorismus haben weiterhin eine steigende Bedeutung für die deutsche Entwicklungspolitik; über zwei Drittel ihrer Kooperationsländer sind von den Auswirkungen betroffen. Ein wachsender Teil der GIZ-Mitarbeiter/-innen ist in fragilen Kontexten tätig. Dies bringt große Herausforderungen für die Lieferfähigkeit der GIZ mit sich. Diese Herausforderungen betreffen die zeit- und bedarfsgerechte Rekrutierung von qualifizierten Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, das Sicherheits- und Risikomanagement, veränderte Managementmodelle, aber auch die Erweiterung von bestehenden Produkten und Dienstleistungen, beispielsweise in den Bereichen Sicherheit und Stabilisierung.

Trend 2: Flucht und Migration dominieren die entwicklungspolitische Agenda

Das Thema Flucht und Migration stellt ein prioritäres Thema der Geschäftsentwicklungsstrategie der GIZ dar. Die GIZ kann durch ihre Aktivitäten zur Entwicklung besserer Lebensperspektiven in Herkunftsländern von Flüchtlingen und zur Verbesserung der akuten Lebenssituation für Menschen in den Aufnahmeländern im Rahmen der Möglichkeiten einen Beitrag zur Minderung von strukturellen Fluchtursachen leisten. Ebenso unterstützt die GIZ durch ihre Aktivitäten die Verbesserung der Situation von Binnenvertriebenen in ihren Heimatländern. Auch das nachhaltige Migrationsmanagement stellt einen wichtigen Bereich des Leistungsangebots der GIZ dar, z. B. die Unterstützung von Rückkehrern in ihre Heimatländer durch Bildungs-, Beschäftigungsförderungs- und Existenzgründungsmaßnahmen, der Kompetenzaufbau von Partnerregierungen im Bereich Migrationspolitik zur Verstärkung von entwicklungspolitisch positiven Wirkungen von Migration und zur Verminderung ihrer Risiken, oder auch die Unterstützung der legalen Fachkräftezuwanderung nach Deutschland.

Trend 3: Es gibt mehr Mittel für die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen

Bereits ein Drittel des aktuellen GIZ-Portfolios ist im Bereich Klimaschutz bzw. Anpassung an die Folgen des Klimawandels angesiedelt. Zukünftig werden insbesondere die Unterstützung der Partnerländer bei der Umsetzung der nationalen Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) und die Steigerung der Ambitionsniveaus der NDCs im Rahmen der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens deutlich mehr Gewicht bekommen. Die neuen Initiativen des BMU und des BMZ in diesem Bereich, z. B. zu Klimarisikoversicherungen oder erneuerbaren Energien in Afrika, haben das Potenzial, die Portfoliogestaltung der GIZ auch im bilateralen Bereich mittel- bis langfristig erheblich zu beeinflussen. Auch der Green Climate Fund (GCF) bietet Chancen für die GIZ, nachdem die GIZ 2017 die vollständige Akkreditierung als mandatierte Durchführungsorganisation erreicht und ein Rahmenabkommen mit dem GCF verhandelt hat. Ein erster Projektvorschlag für ein Vorhaben „Climate Resilient Water Sector“ in Grenada mit einem geplanten Beitrag des GCF in Höhe von 35 Mio. € wurde eingereicht und in der Board-Sitzung des GCF am 27.02.2018 angenommen. Weitere Vorhaben befinden sich in Vorbereitung.

Trend 4: Die globalen Machtverhältnisse verschieben sich und werden unberechenbarer

Die Zusammenarbeit mit einflussreichen Schwellenländern wie China und Indien hat für die Erreichung zentraler globaler Ziele weiterhin eine hohe Bedeutung. Die GIZ kann die Ansätze der Bundesregierung durch Beratung bei der Mitgestaltung globaler Prozesse und die Umsetzung globaler Agenden in ihren Vorhaben unterstützen. Die GIZ verfügt nicht nur über jahrzehntelange Arbeitserfahrungen in vielen Schwellenländern, sondern ist auch in der Zusammenarbeit mit ihnen neue Wege gegangen. Sie muss dabei diejenigen Kompetenzen ausbauen, die für Auftraggeber in der Kooperation mit Schwellenländern wichtig sind, wie z. B. gute Kenntnisse der Systeme Deutschlands und des Partnerlandes, um Institutionen beider Seiten zusammenzubringen.

Trend 5: Globale Agenden und Prozesse gewinnen in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung weiter an Bedeutung

Neben der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen als neuem internationalen Rahmen für globale nachhaltige Entwicklung hat auch die deutsche G-20-Präsidentschaft 2017 neue Impulse für die internationale Ausrichtung der deutschen Politik gesetzt, wie z. B. die neue Afrika-Partnerschaft. Ein wesentliches Ergebnis der deutschen G-20-Präsidentschaft war die Entwicklung des „Compact with Africa“ (CwA). Die Unterstützung der Bundesregierung in der Umsetzung dieser neuen Initiative wie auch weiterer Initiativen, z. B. Reformpartnerschaften mit afrikanischen Ländern, birgt für die GIZ neue Opportunitäten in ihrer Rolle als Dienstleister der gesamten Bundesregierung. Mit ihrer Ausrichtung auf internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung ist die GIZ grundsätzlich an diese Trends gut anschlussfähig, muss aber ihre Leistungsangebote, Kooperationsformate, Modalitäten und Instrumente nachfrageorientiert weiterentwickeln.

Trend 6: Die Akteurslandschaft der internationalen Zusammenarbeit diversifiziert sich – Partnerschaftsansätze gewinnen an Bedeutung

Durch globale Agenden wie die Agenda 2030, die Addis Ababa Action Agenda und die Weltklimakonferenz 2015 in Paris (COP 21), aber auch durch multilaterale Prozesse wie G 20 wird das partnerschaftliche Zusammenwirken der diversen Akteursgruppen (staatliche Entwicklungszusammenarbeit [EZ], Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft) zunehmend wichtig; hinzu kommen globale Netzwerke und Knowledge-Sharing-Plattformen. Die Förderung der Allianzenbildung und die aktive (Mit-)Gestaltung von Netzwerken als Hauptziel von Vorhaben sind somit zunehmend von der GIZ gefordert. Die Kooperation mit der Vielzahl unterschiedlicher Akteure erfordert von der GIZ Flexibilität und die Weiterentwicklung ihrer Kooperationsformate und Steuerungsstrukturen.

Trend 7: Der digitale Wandel wirkt sich auf Leistungsangebote und die Arbeitsweise aus

Der digitale Wandel bietet enorme Möglichkeiten: zum einen für die Weiterentwicklung der Leistungsangebote

und zum anderen für die Optimierung der internen Prozesse der GIZ. Mit Blick auf ihre Leistungsangebote kann die GIZ durch digitale Technologien völlig neue Lösungen entwickeln, neue Zielgruppen erreichen, Projekte noch näher am Endnutzer konzipieren und Partner besser einbeziehen. Dafür müssen bestehende Ansätze überprüft und ggf. angepasst werden. Die GIZ hat ein Zielbild samt Umsetzungsplan für die Digitalisierung entwickelt und entschieden, einen neuen, eigenen Bereich für Digitalisierung zu etablieren, um den digitalen Wandel des Unternehmens voranzutreiben. Gleichzeitig investiert das Unternehmen in die technische Infrastruktur und nutzt verstärkt digitale Technologien, um die Effektivität und Effizienz der internen Prozesse in der GIZ weiter zu verbessern. Dabei spielen Datenschutz und Datensicherheit eine wichtige Rolle.

Trend 8: Neue Schwerpunkte und Erwartungen an die EZ machen neue Leistungsangebote erforderlich

Auftraggeber erwarten messbare Wirkungen, die gut und sichtbar vermittelbar sind. Wirkungsorientiertes Management und aggregierte Wirkungsberichterstattung werden immer wichtiger. Hohe Auftragsvolumina bei gleichzeitiger Erwartung einer Umsetzung innerhalb kurzer Fristen stellen große Anforderungen an die Flexibilität des Personalkörpers und die Einbindung externer Leistungsanbieter. Zunehmend bewegt sich die GIZ in einem Spannungsfeld zwischen spezifischer fachlicher Leistungserbringung im zwischenstaatlichen Kontext auf der einen Seite und der Koordination großvolumiger Vergaben bzw. Finanzierungen und globaler Maßnahmen auf der anderen Seite. Vor diesem Hintergrund muss die GIZ ihre Lieferfähigkeit in z. T. sehr unterschiedlichen Kontexten verbessern und auch ihre Geschäftsentwicklungsstrategie durch die Weiterentwicklung ihrer Leistungsangebote und Instrumente an diese Herausforderung anpassen.

Trend 9: Die Anforderungen an Rechenschaft, Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Compliance werden strenger

Der Entwicklungszusammenarbeit und ihren Akteuren wird in zunehmendem Maße die Frage nach wirtschaftlichem und effektivem Mitteleinsatz gestellt. Als gemeinnütziges Bundesunternehmen ist die GIZ in einer

besonderen Verpflichtung sowohl in Bezug auf die Effizienz als Gesamtunternehmen als auch in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit in der Durchführung. Im Kontext der Wirksamkeitsdebatten nehmen auch die Transparenzanforderungen zu. Die hohe Anzahl der externen Prüfungen durch Rechnungshöfe, Preisprüfer und Auftraggeber und der gestiegene Dokumentationsbedarf machen zusätzliche personelle Ressourcen und finanzielle Investitionen, z. B. in den Aufbau von Compliance-Systemen, erforderlich. Ebenso erfordern die Umsetzung der EU-Vergaberechtsreform und der neuen europäischen Datenschutz-Grundverordnung, der gemeinsamen Verfahrensreform mit dem BMZ (GVR) und Anpassungen des zwischen BMZ und GIZ vereinbarten Preismodells zusätzliche Investitionen in die Anpassung von internen Steuerungssystemen.

Trend 10: Die besonderen Rahmenbedingungen der EZ müssen sich in einem neuen Umfeld behaupten

Der zunehmende Wettbewerb um die Haushaltsmittel stellt alle Durchführer vor Herausforderungen. Neben der fehlenden Planungssicherheit und den Herausforderungen in der Projektentwicklung und -umsetzung ist der zunehmende Anteil der im „Ideenwettbewerb“ vergebenen Mittel im Vergleich zu Aufträgen in Direktvergabe für die GIZ ein wesentlicher Faktor für die Geschäftsentwicklung. Zudem steht der wachsende Anteil kurzfristig zu realisierender Projekte im Widerspruch zu den oft langwierigen Verfahren der völkerrechtlichen Absicherung zwischen Deutschland und seinen Partnerländern. Die GIZ ist auch durch neue Formen der Projektumsetzung und neue Einsatzländer vermehrt in Bereichen und Ländern tätig, für die die bisherigen Rahmenabkommen nicht gelten oder in denen keine Abkommen bestehen. Reichen die Rahmenabkommen nicht aus, um alle Geschäftsbereiche der GIZ im Einklang mit den nationalen Gesetzen umzusetzen, muss sich das Unternehmen mit weiteren Optionen befassen, die seine Geschäftsfähigkeit gewährleisten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein Tätigwerden außerhalb der Rahmenabkommen neben einem Verlust der Sonderstellungen auch mit längeren Verfahren zur Erlangung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen im Einsatzland und erhöhten Kosten, z. B. durch den Wegfall von Zoll- und Umsatzsteuerbefreiungen, einhergeht.

DIE UNTERNEHMENSSTRATEGIE DER GIZ

Diese Trends und Entwicklungen bilden die Basis für die Strategie des Unternehmens. Mit der Unternehmensstrategie 2017–2019 richtet sich die GIZ zukunftsfähig aus. Die Ziele der Unternehmensstrategie sind den vier strategischen Handlungsfeldern Wirksamkeit, Geschäftsentwicklung, Kompetenzen und Allianzen sowie Wirtschaftlichkeit zugeordnet. Zur Erreichung der Ziele setzt die GIZ strategische, größtenteils mehrjährige Maßnahmen um. Dabei konnte die GIZ 2017 in allen vier Handlungsfeldern wichtige Ergebnisse erreichen. Im Folgenden werden die Ergebnisse 2017 und die strategischen Planungen für die Jahre 2018 und 2019 im Rahmen der mehrjährigen strategischen Maßnahmen in aggregierter Form dargestellt.

1. Ziel im Handlungsfeld Wirksamkeit: Wir überzeugen unsere Partner, Auftraggeber und die Gesellschafterin mit sichtbaren Ergebnissen, nachhaltigen und messbaren Wirkungen

Das Ziel soll u. a. über eine Neuausrichtung und Erweiterung der aggregierten Wirkungserfassung und -berichterstattung und die verbesserte Kommunikation der Wirkungen nach außen erreicht werden. Dies ist u. a. für die Berichterstattung zur Umsetzung der Agenda 2030 erforderlich. Dazu sind auch entsprechende Investitionen in IT-Systeme notwendig. Im Rahmen einer mehrjährigen strategischen Maßnahme entwickelt die GIZ ihre Fähigkeit weiter, aggregierte Wirkungen der Vorhaben in verschiedenen Ländern und Regionen zu ausgewählten Themen regelmäßig erheben und darstellen zu können. Ein weiteres strategisches Projekt der GIZ soll den digitalen Wandel der GIZ fördern. 2017 wurde ein sogenannter „Innovationsfonds“ etabliert, um digitale Innovationen in der GIZ-Leistungserbringung gezielt zu fördern und Wege für eine ausgeprägte Innovationskultur zu schaffen. Neben verschiedenen Initiativen zur Steigerung der digitalen Innovationskraft sowie zur Verbesserung der „digital literacy“ der Mitarbeiter/-innen werden in den kommenden Jahren weitere neue Softwarelösungen eingeführt, die die Kollaboration mittels virtueller Formate erleichtern und Arbeitsprozesse effizienter gestalten.

Die nachhaltige Entwicklung ist Teil des Gesellschaftszwecks der GIZ – die Agenda 2030 bildet damit die Richtschnur und gibt Orientierung. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt stellt deshalb die systematische Verankerung der Prinzipien und Ziele der Agenda 2030 in den Leistungen der GIZ dar.

2. Ziel im Handlungsfeld Geschäftsentwicklung: Wir entwickeln wirtschaftlich tragfähige Geschäfte gemeinsam mit unseren Auftraggebern

In den Jahren 2017 bis 2019 fokussieren sich die strategischen Maßnahmen zur Geschäftsentwicklung auf die politischen Prioritäten der Auftraggeber und hier insbesondere auf die Themenbereiche Flucht und Migration, Sicherheit und Stabilisierung sowie Klima und Energie. 2017 hat die GIZ in diesen drei Marktsegmenten Geschäftspläne entwickelt und dadurch Fokusthemen identifiziert und die Realisierung gezielter Geschäftsoportunitäten in diesen Marktsegmenten vorangetrieben. Im Marktsegment Klima und Energie betraf dies 2017 insbesondere die Vorbereitung und Umsetzung der Akkreditierung beim GCF, die Erarbeitung und Einreichung eines abgestimmten Projektvorschlags in Grenada und die Vorbereitung weiterer Projektideen. 2017 lag zudem ein besonderer Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung des Leistungsangebotes der GIZ zur Fluchtursachenbekämpfung und Migration. Hiermit reagiert die GIZ auf die in den letzten Jahren stark gestiegene und anhaltende Nachfrage ihrer Auftraggeber zur Umsetzung von Projekten zur Fluchtursachenbekämpfung. Aufbauend auf den erarbeiteten Geschäftsplänen in den prioritären Marktsegmenten Flucht und Migration, Klima und Energie sowie Sicherheit und Stabilisierung, werden im kommenden Jahr Maßnahmen zur Erreichung der Geschäftsziele ergriffen. Zur Unterstützung des „Compact with Africa“ und der Reformpartnerschaften mit afrikanischen Ländern hat die GIZ zudem eine Taskforce eingerichtet und innovative Ansätze zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in Afrika entwickelt.

Das Geschäft aus den Sonderinitiativen und mit der EU im Bereich Flucht und Migration ist weiterhin prägend für die GIZ. Die Erfahrungen aus der Planung und Umsetzung großvolumiger Vorhaben werden systematisch analysiert und führten bereits 2017 zu einer Reihe konkreter Anpassungen von internen Strukturen und Prozessen, um der steigenden Heterogenität des Geschäfts der GIZ besser gerecht zu werden. Beispielsweise wurden neue Standards der Beteiligung interner Dienstleister an Vorbereitungsprozessen für großvolumige Vorhaben eingeführt sowie angepasste Monitoringsysteme speziell für großvolumige EU-finanzierte Vorhaben entwickelt und der Kapazitäts- und Kompetenzaufbau bei kaufmännischen Aufgaben signifikant vorangetrieben. Dies trägt dazu bei, die Reaktionsfähigkeit der GIZ angesichts einer

steigenden Anzahl komplexer großvolumiger Vorhaben zu erhalten und zu verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt im Handlungsfeld Geschäftsentwicklung liegt in der Frage, wie sich die GIZ aufstellen muss, um insbesondere in Ländern, die sich von der EZ hin zu anderen Formen der IZ entwickeln, adäquate Dienstleistungen anbieten zu können. Herausforderungen in diesen Ländern sind in vielen Fällen rückläufige Aufträge seitens BMZ und BMU, nicht ODA-anrechenbares Geschäft, fehlende völkerrechtliche Absicherung, Fragen der Risikodiversifizierung sowie der Umgang mit Compliance-Risiken. Um auch in Zukunft in diesen Ländern Aufträge umsetzen zu können, wird die GIZ diese veränderten Kontexte analysieren und Ideen entwickeln für Angebote oder Maßnahmen, mit denen die GIZ künftig ihre Geschäftsfähigkeit sichern und zur Zusammenarbeit mit diesen Ländern beitragen kann.

3. Ziel im Handlungsfeld Kompetenzen und Allianzen: Wir mobilisieren Expertise mit unserem kompetenten, motivierten Personal, starken Kooperationspartnern und strategischen Allianzen

Der Fokus liegt hier auf der Weiterentwicklung der Kompetenzen des Personals und der geeigneten Instrumente für dessen Einsatz im In- und Ausland, um auch zukünftig die nachgefragten Dienstleistungen erbringen zu können und gleichzeitig ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben. Dazu wurde 2017 die neue Personalstrategie des Unternehmens entwickelt und verabschiedet, die in den kommenden Jahren über vielfältige Maßnahmen umgesetzt wird. Sie umfasst eine Vielzahl von Themen und Bereichen, u. a. Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität des Auslandseinsatzes, steuerrechtliche Klarheit, einheitliche Regelungen für den Einsatz in fragilen Kontexten sowie die Umsetzung flexibler Personaleinsatzformen für Auslandseinsätze. In Hinblick auf Letzteres wurden 2017 bereits neue flexible Auslandseinsatzformate (intermittierende Einsätze) durch die Geschäftsführung entschieden. Die Aushandlung dieser Einsatzformate sowie weiterer zentraler Bausteine der neuen Personalstrategie mit dem Tarifpartner und den Mitbestimmungsgremien wird 2018 begonnen.

Komplementär dazu werden zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern umgesetzt, sowohl in der Umsetzung vor Ort als auch mit strategischen Partnern, mit welchen mittelfristiger und umfassender kooperiert wird. Der Fokus liegt in den

kommenden Jahren darauf, interne Prozesse für die Kooperation mit Dritten zu verbessern und neue strategische Partner zu identifizieren und zu priorisieren. Beides trägt zum längerfristigen Ziel einer gesteigerten Anzahl und Qualität von Kooperationen und darüber auch zu einer verbesserten Lieferfähigkeit bei.

4. Ziel im Handlungsfeld Wirtschaftlichkeit: Wir sichern Wirtschaftlichkeit und Compliance durch den effizienten und verantwortungs- bewussten Einsatz unserer Ressourcen

Wirtschaftlichkeit, Rechenschaftspflicht, Transparenz und Compliance sind für ein gemeinnütziges Bundesunternehmen von essenzieller Bedeutung. Staat und Steuerzahler erwarten, dass Unternehmen, die mit Mitteln der öffentlichen Hand agieren, Rechenschaft über die effiziente Verwendung von Haushaltsmitteln und die Wirksamkeit ihrer Arbeit ablegen. Auch international wird dem Thema „Nachweis der Wirtschaftlichkeit“ zunehmende Bedeutung beigemessen.

Die GIZ adressiert sowohl die Effizienz ihrer Strukturen und Prozesse als auch die Wirtschaftlichkeit in der Durchführung mit einer Reihe von Maßnahmen. Dazu zählen die Steigerung der Effizienz zentraler interner Prozesse, insbesondere des Auftragsmanagements, für das 2017 zwei IT-Lösungen zur Digitalisierung wichtiger Prozessschritte entwickelt wurden, welche 2018 flächendeckend eingeführt werden sollen. Die zunehmende Digitalisierung wichtiger Unterstützungsprozesse des Unternehmens ist Teil des Projekts zur Umsetzung des digitalen Wandels (vgl. Handlungsfeld Wirksamkeit). In den kommenden Jahren wird die Steigerung der Effizienz unternehmensweiter Prozesse durch ein konsequentes Management erfolgskritischer Prozesse und den consequenten Ausbau der IT-Infrastruktur weiter im Fokus stehen.

Auch die Einführung eines umfassenden Compliance Management Systems (CMS) im Planungszeitraum 2017–2019 adressiert die gestiegenen Anforderungen an Rechenschaftspflicht und Compliance. Das CMS umfasst die Innen- und Außenstruktur der GIZ.

Darüber hinaus hat die GIZ im Jahr 2017 die vollständige Auslagerung der Altersversorgungsverpflichtungen erreicht. Das neue System der betrieblichen Altersversorgung (bAV) wird in den nächsten Jahren zu nachhaltig tragbaren Aufwendungen führen. Zudem konnten 2017 die Verhandlungen mit dem BMZ zur gemeinsamen

Verfahrensreform (GVR) für die bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und die Technische Zusammenarbeit (TZ) abgeschlossen werden. Die GVR gilt seit dem 1. Juni 2017 für bilaterale und regionale Vorhaben aus dem TZ-Titel. Ihre Umsetzung wurde und wird durch ein breites internes Beratungs-, Informations- und Fortbildungsangebot unterstützt. Auch die Verhandlungen mit dem BMZ zur Ausgestaltung des Selbstkostenerstattungspreises mit Obergrenze konnten abgeschlossen werden. Die Preisobergrenze wird zum 1. Januar 2018 für alle ab dann eingereichten Angebote für Neu- und Folgevorhaben zunächst nur im BMZ-Geschäft eingeführt und kann perspektivisch auch bei anderen Bundesministerien angewendet werden. Die Gespräche mit den anderen Bundesressorts zur Preisgestaltung werden im Jahre 2018 geführt. Zur Umsetzung der Preisobergrenze und der gemeinsamen Verfahrensreform wird die GIZ in den kommenden Jahren verschiedene organisatorische, fachliche und IT-systemtechnische Anpassungen und Schulungen der Mitarbeiter/-innen durchführen. Durch die Umsetzung der GVR sowie die Einführung des Selbstkostenerstattungspreises mit Obergrenze werden die Anforderungen an die GIZ in der Planung, der Steuerung und der Berichterstattung der Maßnahmen erhöht.

C. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Durch die o. g. Trends – insb. Trend 1 „Fragilität“, Trend 2 „Flucht und Migration“, Trend 3 „Klimawandel“ und Trend 5 „Globale Agenden“ – ist die politische Bedeutung des Themenfeldes Internationale Zusammenarbeit weiter gestiegen. Dies hat sich auch in erhöhten Baransätzen in den die GIZ beauftragenden Ressorts – z. B. BMZ (+ 15 % auf 8.541 Mio. €), BMU (+ 24 % auf 5.621 Mio. €) und AA (+ 9 % auf 5.232 Mio. €) – niedergeschlagen. Durch ihr breites und innovatives Leistungsspektrum, ihre hohe Lieferfähigkeit vor Ort sowie die Umsetzung der o. g. strategischen Maßnahmen im Handlungsfeld „Geschäftsentwicklung“ konnte die GIZ an diesem Mittelaufwuchs erfolgreich partizipieren. Besonders hervorzuheben sind hier die Sonderinitiativen und der Titel „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“ des BMZ, der Titel „Internationale Klimaschutzinitiative“ (IKI) des BMU sowie der Titel „Krisenprävention, Friedenserhaltung, Konfliktbewältigung“ des AA. Darüber hinaus konnte die GIZ auch ihre Einnahmen aus dem BMWi, dem BMI und dem BMVg weiter steigern (siehe hierzu die Erläuterungen in Kapitel III).

Auch bei den Kofinanzierungen von BMZ- und DÖAG-Vorhaben durch Drittmittelgeber hat der Aufwärtstrend weiter angehalten. Der mit Abstand wichtigste Kofinanzier war die Europäische Kommission. Die größten bilateralen Drittmittelgeber waren das britische Department for International Development (DFID), die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sowie das niederländische Directorate-General for International Cooperation (DGIS). Die größten Beauftragungen von Kofinanzierungen im Jahr 2017 erhielten ein Projekt zur Unterstützung des Berufsbildungssektors in Pakistan, gefolgt von einem Vorhaben zur Unterstützung von Binnenvertriebenen und der Resilienz von Aufnahmemeinden im Norden und Nordosten von Nigeria sowie ein beteiligungsorientiertes Infrastrukturvorhaben in Ägypten.

Zur Sicherung eines wettbewerbs- und zukunftsfähigen Portfolios hat der steuerpflichtige Geschäftsbereich der GIZ, International Services, Anfang 2017 mit der Umsetzung seiner neuen Geschäftsentwicklungsstrategie begonnen. Es wurden elf Geschäftssegmente identifiziert, die eine stärkere und zugleich fokussierte Diversifizierung des InS-Portfolios gewährleisten und das Potenzial haben, auslaufende großvolumige und ertragsstarke Vorhaben insbesondere im Regierungsgeschäft in Saudi-Arabien zu ersetzen. International Services ist im wettbewerbsintensiven EU-Ausschreibungsgeschäft Marktführer. Im Privatkundengeschäft wächst der Kundenstamm. Steigende Beauftragungen deutscher Bundesministerien (wie z. B. AA, BMBF und BMVg), aber auch Aufträge mit Leistungserbringung in Deutschland (wie z. B. „Afrika kommt!“ oder „Triple Win“) haben das Geschäft von International Services bereits diversifiziert. Die Erschließung von neuen Marktsegmenten (wie z. B. DFID oder GCF) soll diese Entwicklung in den nächsten zwei Jahren weiter verstärken.

In den eigenen Kostenstrukturen hat sich in den letzten Jahren für die GIZ eine neue Herausforderung ergeben. Die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung haben sich seit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) sowie aufgrund der andauernden Niedrigzinsphase signifikant geändert und das bisherige System der betrieblichen Altersversorgung vor neue Herausforderungen gestellt. Aufgrund dieser Entwicklung wurde bereits im Jahr 2014 mit der Umsetzung der Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung begonnen und es wurden folgende Ziele und Maßnahmen beschlossen: Deckungslücke schließen, Kosten verstetigen,

Wettbewerbsfähigkeit sichern und Attraktivität der GIZ als Arbeitgeberin erhalten. Dies sind die Ziele, welche die GIZ mit einer Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung angestrebt hat. Drei Maßnahmen hat die GIZ selbst ergriffen, um diese Ziele zu erreichen. Zwei davon betrafen die Auslagerung der betrieblichen Altersversorgung auf externe Träger, eine die Tarifverhandlungen.

Als erste Maßnahme hat die GIZ im Jahr 2015 bereits den größten Teil der bisherigen betrieblichen Altersversorgung auf einen Pensionsfonds ausgelagert. Seit Oktober 2015 zahlt die Deutscher Pensionsfonds AG (DPAG) die Renten der sog. alten bAV (d. h. vor 2005) und seit Dezember 2017 die Renten der bAV 2005 aus. Sie wird auch die bis zum 30. Juni 2015 erworbenen Ansprüche aus der alten bAV „Past Service“ und die bis zum 31. Dezember 2016 erworbenen Ansprüche aus der bAV 2005 „Past Service“ an künftige Rentner/-innen auszahlen.

Mit der Gründung der GIZ Unterstützungskasse GmbH mit Sitz in Bonn im Jahr 2015 und der inzwischen vollständigen Übertragung der „Future Services“, d. h. der nach dem 30. Juni 2015 in der alten bAV und der nach dem 31. Dezember 2016 in der bAV 2005 erworbenen Ansprüche, wurde die zweite Maßnahme ebenfalls umgesetzt. Die GIZ Unterstützungskasse GmbH übernimmt dabei die Auszahlung der Renten für die „Future Services“ von alter bAV und bAV 2005. Dieses Kombinationsmodell aus Pensionsfonds und Unterstützungskasse hat lohnsteuerrechtliche Gründe.

Mit dem erfolgreichen Abschluss der Tarifverhandlungen zwischen GIZ und ver.di im Jahr 2017 als dritte Maßnahme konnten darüber hinaus die Kosten verstetigt und die künftigen Kostenbelastungen aus der betrieblichen Altersversorgung spürbar reduziert werden. Aufgrund der vereinbarten Anpassungen in den bestehenden Systemen der betrieblichen Altersversorgung (alte bAV und bAV 2005) kann die GIZ auch künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der neu vereinbarten bAV 2017 eine attraktive betriebliche Altersversorgung anbieten. Insgesamt konnte die GIZ somit die gesetzten Ziele – Schließung der „Deckungslücke“, Verstetigung der Kosten, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhalt der Attraktivität der GIZ als Arbeitgeberin – in Bezug auf die betriebliche Altersversorgung vollständig erreichen. Die Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung wurde im Jahr 2017 erfolgreich abgeschlossen.

D. GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die GIZ hat das Geschäftsjahr 2017 erneut sehr positiv abgeschlossen. Sowohl die Auftragseingänge (+ 2 % auf 3.406 Mio. €) als auch das Geschäftsvolumen² (+ 7 % auf 2.569 Mio. €) konnten gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden. Ursächlich hierfür ist das Wachstum im Gemeinnützigen Bereich. Hier stiegen die Auftragseingänge um 3 % auf 3.277 Mio. € und die Einnahmen um 10 % auf 2.482 Mio. €. Demgegenüber sanken die Auftragseingänge (- 15 % auf 129 Mio. €) und die Gesamtleistung (- 44 % auf 88 Mio. €) bei International Services u. a. wegen des Rückgangs des Regierungsgeschäfts in Saudi-Arabien, siehe weiterführende Erläuterungen zur Geschäftsentwicklung in Kapitel III. Sowohl im Gemeinnützigen Bereich als auch bei International Services wurde die Wirtschaftlichkeit weiter erhöht. Dies drückt sich im GnB durch die Steuerungskennzahl aus, die sich aus dem Verhältnis der Steuerungskosten des jeweils aktuellen Jahres zum Vierjahresdurchschnitt³ der Einnahmen im GnB errechnet. Im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb lag sie bei 10,1 %, bedingt durch den o. g. Sondereffekt in den bAV-Kosten jedoch bei insgesamt 9,6 %. Bei International Services konnte der relative Deckungsbeitrag 2 (DB2 im Verhältnis zur Gesamtleistung) im Geschäftsjahr auf 19,2 % gesteigert werden (Vorjahr 9,7 %). Das ermittelte Betriebsergebnis von InS beläuft sich für das Geschäftsjahr 2017 auf 1,0 Mio. €. Es liegt damit um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahreswert (1,3 Mio. €), aber dennoch über dem Plan- und Prognosewert 2017.

II. VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

A. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr von 1.333 Mio. € um 188 Mio. € auf 1.521 Mio. € gestiegen.

Das Anlagevermögen hat sich von 401 Mio. € auf 434 Mio. € erhöht. Der Anstieg um 33 Mio. € (+ 8 %) geht auf die Investitionen in den Bau des GIZ-Campus in Bonn zurück, dem die Reduzierung der Wertpapier-spezialfonds entgegenwirkt.

Der Anstieg der Vorräte von 410 Mio. € auf 464 Mio. € (+ 54 Mio. € bzw. + 13 %) ist im Wesentlichen auf eine erneute Erhöhung der geleisteten Anzahlungen (+ 51 Mio. €) zurückzuführen. Bei den noch nicht abgerechneten Leistungen ist eine Erhöhung um 3 Mio. € (+ 18 %) auf 20 Mio. € zu verzeichnen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich von 320 Mio. € auf 306 Mio. € (- 14 Mio. €) reduziert. Dies geht auf gesunkene Forderungen aus Leistungen (- 23 Mio. €) zurück.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses, das den satzungsmäßigen Rücklagen zugeführt wurde, hat sich das Eigenkapital um 19,3 Mio. € erhöht. Bei gestiegenem Eigenkapital und gleichzeitig gestiegener Bilanzsumme steigt die Eigenkapitalquote⁴ im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte auf 9,6 %.

Die Rückstellungen haben sich von 358 Mio. € auf 250 Mio. € (- 108 Mio. €) reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf die im Jahr 2017 fortgesetzte und abgeschlossene Auslagerung der bAV 2005 auf den Pensionsfonds zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten sind von 844 Mio. € auf 1.120 Mio. € (+ 276 Mio. €) angewachsen. Der Anstieg geht auf die erhaltenen Anzahlungen zurück, welche sich im GnB aufgrund der gestiegenen Einnahmen um 195 Mio. € erhöht haben. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich ebenfalls aufgrund der gestiegenen Geschäftstätigkeit von 43 Mio. € auf 56 Mio. € (+ 13 Mio. €) erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren aus der Finanzierung des GIZ-Campus in Bonn.

B. FINANZLAGE

Zum Abschlussstichtag ergab sich ein Anstieg der Kassen- und Bankbestände von 200 Mio. € um 111 Mio. € auf 311 Mio. €. Die Kassen- und Bankbestände im GnB haben sich aufgrund der gestiegenen Einnahmen um 110 Mio. € erhöht, bei InS ist ebenfalls ein Zuwachs von 1 Mio. € zu verzeichnen.

² Einnahmen im GnB und Gesamtleistung InS

³ Hier werden bei der Berechnung die Einnahmen des Vorjahres, des aktuellen Jahres und der zwei Folgejahre berücksichtigt.

⁴ Die Eigenkapitalquote ist definiert als Eigenkapital abzüglich Agio im Verhältnis zur Bilanzsumme.

C. ERTRAGSLAGE

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres sind um 148 Mio. € bzw. 7 % auf 2.345 Mio. € gestiegen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung auf die Geschäftsbereiche:

	2017			2016			Veränderung	
	GnB	InS	gesamt	GnB	InS	gesamt	gesamt	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Umsatzerlöse	2.260	85	2.345	2.032	165	2.197	148	7
Bestandsveränderung	0	3	3	-2	-9	-11	14	>100
Gesamtleistung	2.260	88	2.348	2.030	156	2.186	162	7

Der Materialaufwand ist um 102 Mio. € auf 1.324 Mio. € gestiegen. Im Kapitel „III. D. Ressourceneinsatz“ wird auf diese Position mit der Darstellung der Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen eingegangen.

Der Personalaufwand ist von 857 Mio. € um 115 Mio. € auf 972 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg ist sowohl auf die gestiegenen Aufwendungen für Vergütung, bedingt durch den Zuwachs von Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie des Nationalen Personals, zurückzuführen als auch auf planmäßig gestiegene Zuwendungen von 28 Mio. € auf 55 Mio. € an die GIZ Unterstützungskasse GmbH im Rahmen der weiteren Auslagerung von Pensionsverpflichtungen.

Das Finanzergebnis⁵ hat sich von -0,1 Mio. € auf -0,4 Mio. € reduziert. Die Veränderung ist auf die geringeren Zinserträge aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase zurückzuführen.

Insgesamt ergab sich für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von 19,3 Mio. € (i. Vj. 31,4 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Jahresergebnis nach Geschäftsbereichen:

	JAHRESERGEBNIS			
	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
GnB	18,3	32,5	-14,2	-44
InS	1,0	-1,1	2,1	>100
GIZ gesamt	19,3	31,4	-12,1	-38,5

Das Jahresergebnis von InS hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Grund hierfür waren hohe Projekterträge sowie geringe ausländische Ertragsteuern. Diese hatten das Jahresergebnis 2016 stark belastet.

Im GnB ist das niedrigere Ergebnis im Wesentlichen auf die Ergebnisbelastung durch die Auslagerung der betrieblichen Altersversorgung im Geschäftsjahr zurückzuführen.

III. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

A. GESAMTAUSSAGE

Die GIZ blickt auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr zurück.

- › Die Rekordwerte bei den Auftragseingängen und Einnahmen aus dem Jahr 2016 konnten im Jahr 2017 erneut übertroffen werden.
- › Die Steuerungskennzahl liegt weiterhin deutlich unterhalb der Obergrenze von 12 %.
- › InS erzielte sowohl ein positives Betriebs- als auch ein positives Jahresergebnis.

B. AUFTRAGSENTWICKLUNG UND AUFTRAGSBESTAND

Auftragsentwicklung

Im Jahr 2017 verzeichnete die GIZ die höchsten Auftrags-eingänge seit Bestehen: Mit Auftragseingängen in Höhe von 3.406 Mio. € wurde der Vorjahreswert um 70 Mio. € (+ 2 %) übertroffen. Während sich die Auftragseingänge

⁵ Das Finanzergebnis ergibt sich aus den Erträgen des Finanzanlagevermögens und den sonstigen Zinserträgen abzüglich der Zinsaufwendungen.

bei InS um 23 Mio. € bzw. 15 % reduzierten, stiegen sie im Gemeinnützigen Bereich, insbesondere aufgrund höherer Beauftragungen im TZ-Titel, in der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ sowie des BMU. Durch diese Entwicklungen ist der Anteil des GnB am gesamten Auftragseingang auf 96 % gestiegen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Auftrags-eingänge der GIZ sowie die Anteile der Geschäftsbereiche und Geschäftsfelder am Auftragseingang dar:

AUFTRAGSEINGÄNGE					
	Ist 2017	Anteil	Ist 2016	Anteil	Veränderung 2017 zu 2016
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	3.277	96	3.184	95	3
davon BMZ	2.780	82	2.687	81	3
davon Ko- finanzierungen	435	13	440	13	-1
davon DÖAG	463	14	476	14	-3
davon Ko- finanzierungen	22	1	107	3	-79
davon sonstige Geschäftsfelder	33	1	21	1	57
InS	129	4	152	5	-15
GIZ gesamt	3.406	100	3.336	100	2

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Nachstehend wird die Entwicklung der Auftragseingänge der GIZ differenziert nach Geschäftsbereichen erläutert.

Auftragseingänge im Gemeinnützigen Bereich

Der GnB verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 Auftrags-eingänge in Höhe von 3.277 Mio. € und damit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 93 Mio. € (+ 3 %).

Die Auftragseingänge im Geschäftsfeld BMZ konnten um 94 Mio. € (+ 3 %) gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Insgesamt gingen Beauftragungen in Höhe von 2.780 Mio. € ein. Hiervon entfielen 1.611 Mio. € auf den TZ-Titel und 509 Mio. € auf die Sonderinitiativen. Für Kofinanzierungen sind Auftragseingänge in Höhe von 435 Mio. € eingegangen; hierunter 352 Mio. € (81 %) von der EU und 21 Mio. € (5 %) von der DEZA.

Die Beauftragungen im Geschäftsfeld DÖAG haben sich im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 13 Mio. € (- 3 %) auf 463 Mio. € reduziert. Der Rekordwert für DÖAG-Kofinanzierungen aus dem Vorjahr konnte nicht fortgeschrieben werden. Mit einem Auftragseingangswert von 22 Mio. € wurde der Vorjahreswert um - 85 Mio. € bzw. - 79 % unterschritten. Wie im Geschäftsfeld BMZ ist auch bei den DÖAG der größte Kofinanzier die EU (20 Mio. € bzw. 91 %). Der starke Rückgang an DÖAG-Kofinanzierungen wurde größtenteils durch deutlich höhere Auftragseingänge aus dem BMU-Geschäft (+ 58 Mio. € bzw. + 32 %), zusätzliche Beauftragungen aus dem BMWi (+ 7 Mio. € bzw. + 29 %), dem AA (+ 4 Mio. € bzw. + 3 %) und dem BMVg (+ 3 Mio. € bzw. + 307 %) kompensiert.

In den sonstigen Geschäftsfeldern – Kleinstmaßnahmen im GnB und Zuwendungen – konnten die Auftragseingänge um 57 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und betragen per 31.12.2017 insgesamt 33 Mio. €.

Auftragseingänge International Services

InS akquirierte im Jahr 2017 Aufträge in Höhe von 129 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 23 Mio. € (- 15 %), der sich mit dem Wegfall des Geschäfts in Saudi-Arabien begründet.

Differenziert nach Finanziers wurde mit 71 Mio. € der höchste Auftragseingang von der EU verzeichnet. Die Aufträge von Deutschen Öffentlichen Auftraggebern (z. B. vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und vom BMVg) beliefen sich auf 19 Mio. €, während von der Privatwirtschaft Aufträge in Höhe von 16 Mio. € erzielt wurden. Von bilateralen Gebern erhielt InS Aufträge in Höhe von 9 Mio. €. Die Aufträge von nationalen Regierungen betragen 8 Mio. €. Zudem sind Beauftragungen in Höhe von rd. 4 Mio. € von Finanzinstitutionen und Fonds sowie rd. 2 Mio. € von sonstigen Gebern eingegangen.

Auftragsbestand

Per 31. Dezember 2017 betrug der Auftragsbestand 6.808 Mio. €. Im Vergleich zum Stand per Jahresende 2016 (5.827 Mio. €) hat sich der Auftragsbestand um 981 Mio. € (+ 17 %) erhöht.

Vom Auftragsbestand zum Jahresende 2017 entfielen 6.498 Mio. € auf den GnB und 310 Mio. € auf InS.

C. ENTWICKLUNG DES GESCHÄFTSVOLUMENS

Im Geschäftsjahr 2017 konnte erneut eine deutliche Steigerung des Geschäftsvolumens auf 2.569 Mio. € erzielt werden. Dies entspricht einer Steigerung um 160 Mio. € bzw. 7 % im Vergleich zum Vorjahreswert. Das generierte Geschäftsvolumen setzt sich zusammen aus Einnahmen im GnB in Höhe von 2.481 Mio. € und einer Gesamtleistung von InS in Höhe von 88 Mio. €. Diese positive Entwicklung ist auf die Steigerung der Einnahmen im GnB um 10 % zurückzuführen.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Geschäftsvolumens der GIZ sowie die Anteile der Geschäftsbereiche bzw. Geschäftsfelder am Geschäftsvolumen:

GESCHÄFTSVOLUMEN					
	Ist 2017	Anteil	Ist 2016	Anteil	Veränderung 2017 zu 2016
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	2.481	97	2.253	94	10
davon BMZ	2.130	83	1.915	80	11
davon Ko-finanzierungen	367	14	286	12	28
davon DÖAG	330	13	315	13	5
davon Ko-finanzierungen	25	1	30	1	-15
davon sonstige Geschäftsfelder	21	1	22	1	-7
InS	88	3	156	6	-44
GIZ gesamt	2.569	100	2.409	100	7

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Im Folgenden wird die Entwicklung des Geschäftsvolumens differenziert nach den beiden Geschäftsbereichen erläutert.

Einnahmen im Gemeinnützigen Bereich

Im GnB wurden Einnahmen in Höhe von 2.481 Mio. € erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 228 Mio. € (+ 10 %).

Die im Geschäftsfeld BMZ erzielten Einnahmen konnten um 215 Mio. € bzw. 11 % auf 2.130 Mio. € gesteigert werden. Der höchste Anteil entfiel mit 1.253 Mio. € auf den

TZ-Titel, der damit den Vorjahreswert um 106 Mio. € bzw. 9 % übertreffen konnte. Aus den drei Sonderinitiativen wurden Einnahmen in Höhe von 255 Mio. € generiert, was eine Steigerung um 11 Mio. € bzw. 5 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Im Rahmen des Titels Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur konnten die im Jahr 2016 erzielten Einnahmen um 20 Mio. € bzw. 24 % auf 104 Mio. € gesteigert werden. Aus den übrigen BMZ-Titeln sind Einnahmen in Höhe von 150 Mio. € eingegangen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um rd. 4 Mio. € bzw. 2 %. Von Drittmittelgebern erhielt die GIZ Einnahmen für Kofinanzierungen von BMZ-Aufträgen in Höhe von 367 Mio. € und konnte damit den Vorjahreswert um 81 Mio. € bzw. 28 % übertreffen. Der wichtigste Kofinanzierungsgeber war auch im Jahr 2017 die EU mit Einnahmen in Höhe von 224 Mio. € (entspricht einem Anteil von 61 % aller BMZ-Kofinanzierungen).

Gesamtleistung International Services

InS erzielte im Jahr 2017 eine Gesamtleistung in Höhe von 88 Mio. €. Dieser Wert liegt um 68 Mio. € (-44 %) unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Beendigung des Geschäfts in Saudi-Arabien und auf den Abschluss zweier großvolumiger Infrastrukturprojekte in Äthiopien und Gabun (insgesamt -58 Mio. €) zurückzuführen, die im Jahr 2016 einen hohen Anteil an der Gesamtleistung von InS hatten. Dieser Wegfall an Gesamtleistung konnte im Jahr 2017 nicht durch andere Vorhaben kompensiert werden.

Bei der Betrachtung nach Finanziers wurde die höchste Gesamtleistung durch Vorhaben für die EU generiert (rd. 44 Mio. €). Dieser Wert liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Aus Aufträgen mit bilateralen Gebern wurde eine Gesamtleistung in Höhe von rd. 11 Mio. € erzielt, hier insbesondere aus verschiedenen Vorhaben für die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA in Höhe von rd. 9 Mio. €. Die Gesamtleistung von Vorhaben für Deutsche Öffentliche Auftraggeber betrug rd. 9 Mio. €. 3 Mio. € entfielen hier auf die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zur Betreuung der Geschäftsstelle des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Vorhaben für die Privatwirtschaft erzielten eine Gesamtleistung von rd. 8 Mio. €.

D. RESSOURCENEINSATZ

Entwicklung des Personalbestands

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Personalbestands der GIZ zum Stichtag 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2016:

PERSONALBESTAND DER GIZ

(nicht teilzeitgewichtet und stichtagbezogen)

	Ist	Ist	Veränderung	
	31.12.2017	31.12.2016	absolut	in %
Strukturpersonal Inland ¹	1.989	1.895	94	5
Projektpersonal Inland	1.649	1.490	159	11
Entsandtes Auslandspersonal	2.209	2.087	122	6
Personal GnB gesamt	5.847	5.472	375	7
Strukturpersonal Inland	72	67	5	7
Projektpersonal Inland	43	35	8	23
Entsandtes Auslandspersonal	96	81	15	19
Personal InS gesamt	211	183	28	15
MTV- oder TVöD-beschäftigtes Personal	6.058	5.655	403	7
Nationales Personal	13.448	12.605	843	7
Gesamtpersonalbestand	19.506	18.260	1.246	7
Entwicklungshelfer/-innen	590	643	-53	-8
Integrierte Fachkräfte (CIM) ²	385	413	-28	-7
Rückkehrende Fachkräfte (CIM) ²	484	434	50	12

1 ohne Vorstand, ohne Auszubildende

2 Arbeitsverhältnis mit lokalen Arbeitgebern in den Partnerländern

Per 31. Dezember 2017 waren 6.058 Mitarbeiter/-innen, die gemäß MTV oder TVöD beschäftigt sind, sowie 13.448 nationale Mitarbeiter/-innen für die GIZ im Einsatz. Gegenüber dem Vorjahresstichtag entspricht dies einem erneuten Anstieg um 1.246 Personen (+ 7 %). Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen im GnB ist um 7 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Der Personalbestand im Geschäftsbereich InS erhöhte sich im Jahr 2017 um 28 Mitarbeiter/-innen bzw. 15 %. Die Anzahl des Nationalen Personals hat sich gegenüber dem Jahresende 2016 ebenfalls erhöht (+ 843 Personen bzw. 7 %).

Des Weiteren waren 590 Entwicklungshelfer/-innen sowie 385 Integrierte und 484 Rückkehrende Fachkräfte mit einem Arbeitsvertrag bei Organisationen oder Firmen in Partnerländern für die GIZ tätig.

Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern, Dienstleistungen und Finanzierungen durch die GIZ dar.⁶

AUFTRAGSVERGABE

	Ist	Ist	Veränderung	
	2017	2016	in Mio. €	in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Dienstleistungsverträge Zentrale ¹	421	401	20	5
Bauverträge Zentrale	10	174	-163	-94
Finanzierungsverträge Zentrale	437	369	68	18
Sachgüterbeschaffungen Zentrale ²	66	67	-2	-3
Summe Zentrale	934	1.011	-77	-8
Dienstleistungsverträge vor Ort	178	144	35	24
Bauverträge vor Ort	30	41	-11	-27
Finanzierungsverträge vor Ort	80	85	-6	-7
Sachgüterbeschaffung vor Ort	65	66	-1	-2
Summe vor Ort	353	336	17	5
Auftragsvergabe gesamt	1.287	1.347	-60	-4

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

1 Beratungsfirmen, Beratungsinstitutionen, Einzelgutachter, Übersetzer

2 Sachgüter, Spediteure

Der Gesamtwert aller durch die GIZ zentral und dezentral beschafften Sachgüter, Finanzierungen sowie Bau- und Dienstleistungen belief sich im Jahr 2017 auf 1.287 Mio. €. Damit ist das Gesamtvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 60 Mio. € (-4 %) gesunken. Der Rückgang beruht auf einem einmaligen, erhöhenden Sondereffekt im Geschäftsjahr 2016 im Rahmen des Abschlusses eines großvolumigen Bauvertrages zum Bau des Campus-Gebäudes der GIZ in Bonn. Ohne Berücksichtigung dieses Sondereffekts aus dem Jahre 2016 würde die GIZ einen Anstieg des gesamten Beschaffungsvolumens im Geschäftsjahr 2017 um ca. 86 Mio. € (+7 %) verzeichnen.

⁶ Aufgrund einer Umstellung in der Reportingstruktur weichen die Daten geringfügig von den im Vorjahr berichteten Daten ab. Für die inhaltliche Umstellung wurde auch das Reportingsystem gewechselt.

nen. Der prozentuale Anteil der Auftragsvergaben am Geschäftsvolumen (2.569 Mio. €) der GIZ ist aufgrund des o. a. Sondereffekts gegenüber dem Vorjahr gesunken (2017: 50 %; 2016: 56 %).

Von den Dienstleistungsverträgen der Zentrale (421 Mio. €) entfielen 336,5 Mio. € auf Beratungsfirmen, 61,7 Mio. € auf Einzelpersonen für Gutachter- oder Beratungsdienstleistungen und 22,8 Mio. € unter anderem auf Körperschaften des öffentlichen Rechts und Vereine. Mit knapp 437 Mio. € erfuhr die Vergabe von Finanzierungsverträgen erneut einen erheblichen Anstieg, um 68 Mio. € (+ 18,4 %). Die vor Ort vereinbarten Finanzierungsverträge waren hingegen rückläufig (-5,9 %). Weltweit ergab sich eine Steigerung der Finanzierungsverträge um 13,9 %.

Die Sachgüterbeschaffungen durch die Zentrale von 66 Mio. € im Jahr 2017 sind gegenüber dem Vorjahr annähernd konstant geblieben (67 Mio. € im Jahr 2016). Dabei sind sowohl das durchschnittliche Volumen der Bestellungen als auch die Anzahl der Rahmenvertragsabrufe gestiegen. Die Anzahl der Einzelbeschaffungen war dagegen rückläufig. Über die Hälfte der zentralen Sachgüterbeschaffungen (35,8 Mio. €) wurden für die Länder des Bereichs Europa, Mittelmeer und Zentralasien getätigt.

IV. ANTEIL VON FRAUEN IM VORSTAND, AUFSICHTSRAT UND KURATORIUM

A. ANTEIL VON FRAUEN IM VORSTAND

Laut Gesellschaftsvertrag der GIZ soll der Aufsichtsrat bei der Bestellung von Mitgliedern des Vorstands auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen sicherstellen. Der Anteil von Frauen im Vorstand soll mindestens 40 % betragen. Solange dieser Anteil nicht erreicht ist, soll der Aufsichtsrat bei Vorliegen von gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach umfassender Einzelfallabwägung Frauen bevorzugt berücksichtigen.

Für die Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass zum 30. Juni 2017 der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Vorstand 50 % betragen soll.

Im Berichtszeitraum gehörten dem Vorstand zwei Frauen und zwei Männer an, so dass der Anteil der Frauen 50 % betrug.

B. ANTEIL VON FRAUEN IM AUFSICHTSRAT

Ziffer 5.2.1 Public Corporate Governance Kodex des Bundes sieht vor, dass bei der Wahl von Mitgliedern des Überwachungsorgans auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen hingewirkt wird. Die Gesellschafterin beachtet zudem bei der Bestellung der Mitglieder das Bundesgremienbesetzungsgesetz.

Um den Vorgaben des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst nachzukommen, hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass zum 30. Juni 2017 der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Aufsichtsrat 50 % betragen soll, und die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat entsprechend ergänzt.

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat betrug bis zu den Aufsichtsratswahlen im Mai 2017 50 %. Die zehn Arbeitnehmervertreter/-innen unterteilten sich vor den Neuwahlen in 6 Frauen und 4 Männer. Im Zuge der Neuwahlen änderte sich diese Verteilung auf 3 Frauen und 7 Männer. Unter den zehn Mitgliedern, die von der Gesellschafterin bestellt worden waren, verblieb es im Jahr 2017 bei 4 Frauen und 6 Männern. Damit betrug der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat nach der Aufsichtsratswahl bis zum Stichtag 31. Dezember 2017 35 %, der Anteil von Männern lag bei 65 %.

C. ANTEIL VON FRAUEN IM KURATORIUM

Die GIZ hat gemäß § 24 des Gesellschaftsvertrages ein Kuratorium mit bis zu 40 Mitgliedern. Von den 38 Mitgliedern, die das Kuratorium am 31. Dezember 2017 hatte, waren 16 Frauen; dies ist ein Anteil von 42 %. Im Zuge von personellen Nachbesetzungen ist der Anteil von Frauen im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2016: 39 %).

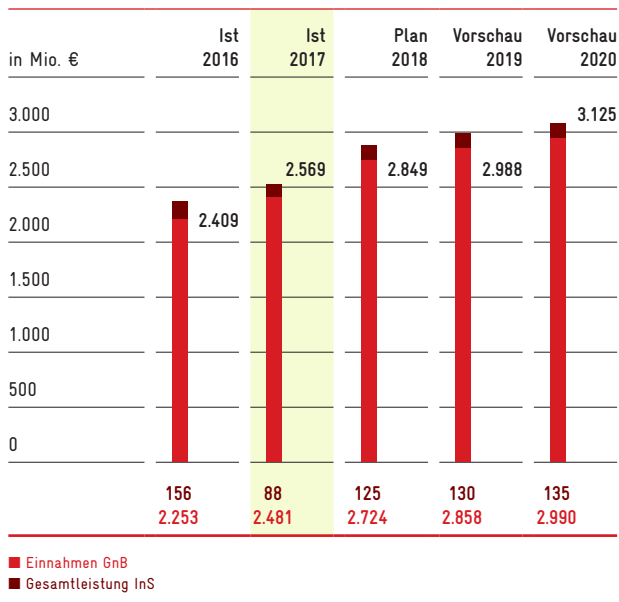
V. AUSBLICK

A. GEPLANTE GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die GIZ rechnet in den Folgejahren mit einem anhaltenden Wachstumskurs. Für das Jahr 2018 wird ein Geschäftsvolumen in Höhe von 2.849 Mio. € geplant. Das hohe Niveau des Jahres 2017 würde damit nochmals gesteigert werden. Dieser Trend soll sich in den Folgejahren fortsetzen, so dass im Jahr 2020 ein Geschäftsvolumen von rund 3.125 Mio. € erwartet wird.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des erzielten bzw. geplanten Geschäftsvolumens der Jahre 2016–2020:

GESCHÄFTSVOLUMEN



Von dem insgesamt für das Jahr 2018 geplanten Geschäftsvolumen entfallen 2.724 Mio. € auf Einnahmen im GnB. Damit liegt der Planwert für 2018 um 243 Mio. € (+ 10 %) über dem Ist 2017. Grund für diese angestrebte, erneute Steigerung sind u. a. höhere Einnahmeerwartungen aus dem TZ-Titel, dem Titel Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur, den beiden BMZ-Sonderinitiativen „EINEWELT ohne Hunger“ und „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ sowie aus Aufträgen des BMU.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einnahmen im GnB in den Jahren 2016 bis 2020 im Detail:

EINNAHMEN

in Mio. €	Ist 2016	Ist 2017	Plan 2018	Vorschau 2019	Vorschau 2020
BMZ	1.915,2	2.130,3	2.279,0	2.416,4	2.528,9
davon TZ-Titel	1.147,2	1.253,4	1.400,0	1.500,0	1.600,0
davon IZR-Titel	38,4	33,4	38,2	38,2	38,2
davon übrige BMZ-Titel	443,8	476,6	525,5	548,0	541,9
davon Kofinanzierungen	285,8	366,8	315,3	330,2	348,8
DÖAG	315,3	330,1	421,7	419,1	437,8
davon HH-Mittel	285,5	304,7	364,2	355,6	374,3
davon Kofinanzierungen	29,7	25,4	57,5	63,5	63,5
Sonstige Geschäftsfelder	22,4	20,8	23,1	22,8	22,8
GnB gesamt	2.252,8	2.481,1	2.723,8	2.858,3	2.989,5

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Im Geschäftsfeld BMZ werden in den kommenden Jahren weiterhin steigende Einnahmen angestrebt. Für das Jahr 2018 sind Einnahmen in Höhe von 2.279 Mio. € geplant. Damit würde der Ist-Stand 2017 um rund 149 Mio. € (+ 7 %) gesteigert. Bis zum Jahr 2020 sollen die Einnahmen auf rund 2.529 Mio. € erhöht werden.

Auch im Geschäftsfeld DÖAG strebt die GIZ für das Jahr 2018 einen Anstieg der Einnahmen an. Der geplante Zuwachs um rund 92 Mio. € (+ 28 %) soll insbesondere aus höheren Beauftragungen des BMU (+ 56 Mio. €) sowie aus Kofinanzierungen (+ 32 Mio. €) resultieren. Bis zum Jahr 2020 sollen sich die Einnahmen auf 438 Mio. € erhöhen.

Die Steuerungskennzahl wird daher unter der vom Aufsichtsrat gesetzten Obergrenze gehalten. Ausgehend von den geplanten Einnahmen und Steuerungskosten wird für das Jahr 2018 von einer Steuerungskennzahl in Höhe von 10,7 % ausgegangen. Für das Folgejahr wird nach derzeitigem Stand eine Steuerungskennzahl in Höhe von 10,9 % ermittelt.

InS plant für das Geschäftsjahr 2018 eine Gesamtleistung in Höhe von 125 Mio. € und rechnet mit weiteren Steigerungen auf 135 Mio. € bis zum Jahr 2020. Zur Erreichung dieser Werte hat InS eine Geschäftsentwicklungsstrategie ausgearbeitet, die seit Beginn des Jahres 2017 intensiv verfolgt wird. Die Planung der Gesamtleistung des Jahres 2018 beinhaltet zu zwei Dritteln die Gesamtleistung laufender Projekte. Für ein Drittel der Gesamtleistung müssen Vorhaben im Jahr 2018 erst noch beauftragt werden.

Das Betriebsergebnis soll sich in den nächsten Jahren im leicht positiven Bereich stabilisieren. Die Planung des Betriebsergebnisses 2018 sieht jedoch vorerst ein Betriebsergebnis in Höhe von –0,5 Mio. € vor, da der notwendig gewordene Portfolioumbau (aufgrund des Wegfalls von Vorhaben in Saudi-Arabien sowie des Auslaufens großvolumiger Vorhaben in Afrika) noch nicht abgeschlossen ist.

B. PROGNOSE ZUM ERWARTETEN RESSOURCENEINSATZ

Entwicklung des Personalbestands

Verglichen mit dem Stand per 31. Dezember 2017 wird für das Jahr 2018 von einem weiteren Anstieg des Personalbestands um 7,6% auf rund 21.000 Personen ausgegangen. Diese Steigerung ist unterproportional zur Erhöhung des Geschäftsvolumens (+ 10,9%). Bis zum Jahr 2020 zeichnet sich eine Erhöhung des Personalbestands auf 22.397 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Dies würde einer Steigerung um 15% im Vergleich zum Jahresende 2017 entsprechen.

PERSONALBESTAND

	Ist 31.12.2017	Plan 2018	Vorschau 2019	Vorschau 2020
Strukturpersonal Inland ¹	2.061	2.232	2.335	2.367
Projektpersonal Inland	1.692	1.774	1.864	1.893
Entsandtes Auslandspersonal	2.305	2.500	2.626	2.666
MTV- oder TVöD- beschäftigtes Personal ¹	6.058	6.506	6.825	6.926
Nationales Personal	13.448	14.492	15.235	15.471
Gesamt- personalbestand¹	19.506	20.998	22.060	22.397

¹ ohne Vorstand, ohne Auszubildende

Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen

Der Umfang, in dem Verträge für Sachgüter und Dienstleistungen sowie Finanzierungen abgeschlossen werden, resultiert jeweils aus den spezifischen Anforderungen der Projekte, daher ist eine detaillierte Prognose für die Folgejahre naturgemäß nur sehr eingeschränkt möglich. Sofern die geplanten Auftragseingänge erzielt werden, erwartet die GIZ für das Jahr 2018 weltweit insgesamt Vergaben auf dem Niveau des Vorjahres.

C. RISIKEN UND CHANCEN

Risiken

Unternehmerisches Handeln ist sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. Unternehmerischer Erfolg hängt – neben der Nutzung von Chancen – maßgeblich davon ab, inwieweit ein Unternehmen imstande ist, Risiken aktiv zu begegnen. Jede Unsicherheit, die den (wirtschaftlichen) Erfolg der GIZ gefährdet, stellt für diese grundsätzlich ein Risiko dar. Die GIZ verfügt infolgedessen über ein Risikomanagement-System, das Grundsätze, Prozesse und Rollen zum aktiven Umgang mit Risiken beschreibt. Die Risikomanagement-Einheit erhebt in diesem Kontext quartalsweise (bis einschließlich IV. Quartal 2017) unternehmensweit Risiken bei den Organisationseinheiten der GIZ. Ad-hoc-Meldungen sind jedoch auch jederzeit über die jeweilige Führungskraft oder direkt an die Risikomanagement-Einheit möglich. Der Vorstand der GIZ wird quartalsweise über die Risikosituation der GIZ im Nachgang des Risikomanagement-Gremiums informiert. Im Jahr 2018 findet die Einführung des weiterentwickelten Risikomanagement-Systems der GIZ (RM 2.0), welches die operative Ebene – die Projektebene – verstärkt in den Risikomanagement-Prozess einbinden wird, statt. Die Risikoberichterstattung auf Unternehmensebene wird mit der Einführung von RM 2.0 ab dem Berichtsjahr 2018 halbjährlich erfolgen.

Die Auftragseingänge und Einnahmen im GnB sind in hohem Maße von der Entwicklung des Bundeshaushalts abhängig. Aufgrund der erst im März 2018 abgeschlossenen Regierungsbildung wird die vorläufige Haushaltsführung im Jahr 2018 möglicherweise bis in die zweite Jahreshälfte andauern. Dies impliziert höhere Planungsunsicherheiten. Mögliche Verzögerungen bei den Auftragseingängen können zu einer hohen Konzentration der Beauftragungen im vierten Quartal und ggf. zur Unterschreitung der vorhandenen Barmittelansätze führen. Eine weitere Planungsunsicherheit ergibt sich im Bereich der Kofinanzierungen aus dem geplanten Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Die Arbeit für die GIZ in unseren Partnerländern birgt seit jeher eine Reihe von Risiken: Naturkatastrophen, Terrorattentate, Gewaltkriminalität, unsichere Verkehrswege oder eine schlechte medizinische Versorgung. Die zivile Tätigkeit von Entwicklungsorganisationen ist per se keine Garantie mehr für ein sicheres Leben und Arbeiten in den Partnerländern. Zur Sicherung unseres Engagements in fragilen Kontexten und Hochrisikoländern, aber auch in Entwicklungs- und Schwellenländern und

zum Schutz der Mitarbeitenden halten wir ein bewährtes professionelles Sicherheitsrisiko- und Krisenmanagement vor. Aus der zunehmenden Fragilität der Partnerländer, aus teilweise fehlenden bzw. verzögerten völkerrechtlichen Übereinkünften zwischen der Bundesregierung und den Partnerregierungen, aus der Verpflichtung zur EU-Sanktionslistenprüfung sowie aus zunehmenden Engpässen am Arbeitsmarkt bei Besetzung von Vakanzen – vor allem, aber nicht nur in fragilen Kontexten, frankophonen Ländern und weiteren Engpassektoren – ergeben sich für die GIZ besondere Herausforderungen, die zu einer zeitlichen Verzögerung in der Projektumsetzung führen können.

Im Geschäftsbereich InS lagen die offenen Forderungen für Vorhaben in Saudi-Arabien zum Stand 31.12.2017 bei rd. 35 Mio. € (i. Vj. 43 Mio. €). Davon entfallen auf Vorhaben im Berufsbildungssektor rd. 14 Mio. € (i. Vj. 20 Mio. €), wovon 5 Mio. € aufgrund ausstehender Klärungen mit dem Kunden wertberichtigt sind. Auf Vorhaben im Wassersektor entfallen rd. 11 Mio. € (i. Vj. 12 Mio. €). Diese Forderungen wurden im Innenverhältnis vollständig an den Kooperationspartner Dornier abgetreten, welcher die operative Steuerung der Vorhaben seit 2015 übernommen hat. Die Forderungen für sonstige Vorhaben belaufen sich auf rd. 10 Mio. € (i. Vj. 11 Mio. €), wovon 1 Mio. € wertberichtigt sind. Die GIZ steht in sehr engem Austausch mit den saudischen Partnern und wird weiterhin intensiv an der Einbringung der offenen Forderungen vor Ort arbeiten.

Chancen

Neben den Risiken bieten sich der GIZ auch große Chancen.⁷ Im Entwurf des Koalitionsvertrags bekennen sich CDU, CSU und SPD klar zu den entwicklungspolitischen Zusagen auf dem G-7- und dem G-20-Gipfel, zur Agenda 2030 und zum Pariser Klimaabkommen. Die für Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik zur Verfügung stehenden Mittel sollen deutlich gestärkt werden. Für den Zeitraum 2018–2021 ist eine Erhöhung der geltenden Finanzplanung um 2 Mrd. € vorgesehen. Vor diesem Hintergrund erwartet die GIZ, die bisherige, sehr dynamische Geschäftsentwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen zu können.

Eine zentrale Säule des Koalitionsvertrags ist der vernetzte Ansatz von Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik, der in den Fokusregionen Afrika und Mittlerer Osten im Vordergrund stehen soll. Dadurch sollen akute und strukturelle Fluchtursachen gemindert, Beiträge zum Wiederaufbau geleistet, zur Rückkehr von

Flüchtlingen beigetragen und Zukunftsperspektiven vor Ort geschaffen werden. Besondere Erwähnung finden hierbei das Cash-for-Work-Programm sowie die Förderung privater Investitionen. Zu Letzterem kooperiert die GIZ mit der Europäischen Investitionsbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Ein weiteres Fokusthema ist der Kampf gegen die Ursachen und Folgen des Klimawandels. Laut Entwurf des Koalitionsvertrags sollen die Mittel für die Internationale Klimaschutzinitiative steigen und dadurch im Rahmen eines breiten Ansatzes auch Biodiversität, Wald, internationaler Artenschutz, Kampf gegen Wilderei, Kreislaufwirtschaft und internationaler Meeresschutz abgedeckt werden. Nach der positiven Akkreditierungsentscheidung des Green-Climate-Fund-Boards im Oktober 2016, der Unterzeichnung des Rahmenabkommens im November 2017 und der erfolgreichen Einreichung eines Projektvorschlags in Grenada im Februar 2018 liegt der Fokus der GIZ auf der weiteren Entwicklung von GCF-finanzierten Vorhaben.

Mit der neuen EU-Haushaltsordnung, die im Jahr 2018 in Kraft treten soll, soll die Kooperation zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten weiter vereinfacht werden. Unter anderem soll der nationale regulatorische Rahmen für die Kostenrechnung und -erstattung von der EU weitgehend anerkannt werden. Hier bietet sich für die Bundesregierung und die GIZ die Chance, die Zusammenarbeit mit der EU weiter zu verschlanken und die Abrechenbarkeit von bisher nicht anerkannten Kostenpositionen durch die EU zu erreichen.

Der Aufsichtsrat wird quartalsweise durch den Vorstand über die wesentlichen Chancen und Risiken informiert, die die Geschäftsentwicklung der GIZ beeinflussen könnten.

Bonn/Eschborn, den 18. Mai 2018

Der Vorstand

Tanja Gönner
Sprecherin des Vorstands

Dr. Christoph Beier
Stellvertretender Sprecher des Vorstands

Dr. Hans-Joachim Preuß
Mitglied des Vorstands

⁷ Siehe hierzu auch Kapitel „1.B. Strategie – Entwicklungen und Trends im Umfeld der GIZ“.

2

**JAHRES-
ABSCHLUSS
2017**

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

AKTIVA

in €

	Anhang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.321.801	2.116.800
II. Sachanlagen	1		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		184.596.756	165.409.904
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		17.025.271	15.199.831
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		97.175.988	45.424.688
III. Finanzanlagen	2		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		75.881	75.881
2. Beteiligungen		535.862	535.862
3. Wertpapiere des Anlagevermögens		112.667.763	163.944.850
4. Sonstige Ausleihungen		484.414	570.050
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben		19.002.020	7.528.319
		433.885.756	400.806.185
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte	3		
1. Noch nicht abgerechnete Leistungen		20.069.958	17.218.694
2. Geleistete Anzahlungen		444.526.663	393.193.469
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4		
1. Forderungen aus Leistungen		90.892.344	113.752.448
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		542.447	345.801
3. Vermögen in den Projekten		171.600.774	172.487.814
4. Sonstige Vermögensgegenstände		42.547.693	33.594.936
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten		311.279.802	199.921.148
		1.081.459.681	930.514.310
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		6.204.663	1.967.938
		1.521.550.100	1.333.288.433
Treuhandvermögen	9	3.889.993	1.820.200

PASSIVA

in €

	Anhang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	5	20.452.000	20.452.000
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		- 11.759.713	- 11.759.713
Eingefordertes Kapital		8.692.287	8.692.287
II. Kapitalrücklage	5	5.112.919	5.112.919
III. Gewinnrücklagen	6		
Satzungsmäßige Rücklagen		136.152.467	116.857.067
IV. Bilanzgewinn		0	0
		149.957.673	130.662.273
B. RÜCKSTELLUNGEN			
	7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		139.390.495	243.665.741
2. Steuerrückstellungen		1.335.664	3.009.539
3. Sonstige Rückstellungen		108.788.828	111.833.531
		249.514.987	358.508.811
C. VERBINDLICHKEITEN			
	8		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		65.200.000	0
2. Erhaltene Anzahlungen		969.348.519	773.989.978
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		56.128.232	43.183.596
4. Sonstige Verbindlichkeiten		29.519.832	26.925.974
davon aus Steuern EUR 6.952.820 (i. Vj. EUR 6.518.190)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0 (i. Vj. EUR 22.906)			
		1.120.196.583	844.099.548
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
		1.880.857	17.801
		1.521.550.100	1.333.288.433
Treuhandverbindlichkeiten	9	3.889.993	1.820.200

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017**

	Anhang	2017		2016	
		in €	in €	in €	in €
1. Umsatzerlöse	10		2.344.647.174		2.197.433.633
2. Erhöhung (i. Vj. Verminderung) des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen			2.851.265		- 11.249.256
3. Andere aktivierte Eigenleistungen			224.378		395.685
Gesamtleistung			2.347.722.817		2.186.580.062
4. Sonstige betriebliche Erträge	11		58.235.086		17.831.465
5. Materialaufwand					
a. Aufwendungen für bezogene Waren		151.257.936		138.313.972	
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.173.192.665	1.324.450.601	1.084.094.100	1.222.408.072
6. Personalaufwand					
a. Löhne und Gehälter		758.882.784		698.571.444	
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		212.810.280	971.693.064	158.413.048	856.984.492
davon für Altersversorgung EUR 99.326.108 (i. Vj. EUR 53.062.037)					
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			10.910.801		10.324.043
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12		78.741.537		80.688.744
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			50.233		54.252
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			287.216		702.594
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13		727.903		882.343
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14		36.159		2.233.691
13. Ergebnis nach Steuern			19.735.287		31.646.988
14. Sonstige Steuern			439.886		237.324
15. Jahresüberschuss			19.295.401		31.409.664
16. Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen			- 19.295.401		- 31.409.664
17. Bilanzgewinn			0		0

ANHANG 2017

ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ UND DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB). Der Jahresabschluss der GIZ ist nach den Vorschriften des HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde in der Bilanz der Posten „Vermögen in den Projekten“ aufgenommen. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Die gesetzlich geforderten Angaben zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang vorgenommen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde der im Jahr 2015 zwischen der GIZ und der GIZ Unterstützungskasse GmbH geschlossene Leistungsplan I aufgehoben. Daraufhin wurden die bis zum 31. Dezember 2015 entstandenen Ansprüche aus dem Versorgungstarifvertrag vom 1. März 2004 (bAV 2005), die bisher auf die GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagert waren, auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 entstandenen Ansprüche aus diesem Versorgungstarifvertrag, welche 2016 noch die GIZ selbst erfüllt hat, wurden 2017 ebenfalls auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 werden von der GIZ Unterstützungskasse GmbH erfüllt. Hierfür wurde 2017 der Leistungsplan III von der GIZ Unterstützungskasse GmbH beschlossen. Die ausgelagerten Zusagen sind wegen der künftigen Erfüllung durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH bzw. die Deutscher Pensionsfonds AG als mittelbare Verpflichtung zu klassifizieren.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts entfällt, da die einzubeziehenden Tochterunternehmen im Sinne des § 296 Abs. 2 Nr. 1 HGB für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind.

ALLGEMEINE ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

ANLAGEVERMÖGEN

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um die nutzungsbedingten Abschreibungen entsprechend den betriebsindividuellen Gegebenheiten des Werteverzehrs, angesetzt worden. Die Abschreibungen erfolgen linear zwischen drei Jahren (IT und IT-Infrastruktur) und 50 Jahren (Campus Kottenforst in Bonn). Der Mäanderbau in Bonn wird über 33 Jahre, das Bürogebäude in Berlin wird über 40 Jahre abgeschrieben. Bei den Gebäuden und Nutzungsrechten in Partnerländern erfolgen die Abschreibungen zwischen acht und 20 Jahren.

Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) mit Anschaffungskosten von 150 € bis 1.000 € wird im Anschaffungsjahr ein Sammelposten gebildet. Dieser wird linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Das zuwendungsfinanzierte Anlagevermögen ist vollständig durch Investitionszuschüsse finanziert. Die Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Hergestellte Gebäude werden zu Herstellungskosten aktiviert. Zu den Herstellungskosten zählen die einzelnen zurechenbaren Kosten durch den Einsatz von Personal sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet bzw. zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen. Sofern die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen entfallen sind, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Die in den sonstigen Ausleihungen enthaltenen langfristigen Darlehen an Mitarbeiter/-innen für den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums wurden zusätzlich mit 2,5 % p. a. abgezinst. Ansonsten erfolgte der Ansatz zum Nennwert.

Der Posten Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben ist zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Wertansätze des Umlaufvermögens erfolgen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Die noch nicht abgerechneten Leistungen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Gemeinkosten, die geleisteten Anzahlungen und Forderungen mit den Nennwerten unter Berücksichtigung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen angesetzt.

Bei dem Vermögen in den Projekten handelt es sich um einen besonderen Bilanzposten der GIZ, der einem besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage dient. In diesem Posten sind die projektbezogenen Kassen- und Bankbestände sowie Forderungen und zugehörige Verbindlichkeiten saldiert enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt.

Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bewertet, soweit nicht in Einzelfällen der niedrigere beizulegende Wertansatz geboten ist.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten

Die Wertansätze für langfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten erfolgen zum Niederst- bzw. Höchstwert. Kurzfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten und Bankguthaben mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr werden mit dem

Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Für nicht konvertible Währungen erfolgt keine Umrechnung bzw. Neubewertung. In den Projekten befindliche Währungen werden jeweils zum Mischkurs angesetzt, der in einem Kursberechnungsprogramm fortgeschrieben wird. Sie sind generell nicht zum Rücktransfer bestimmt und zum erheblichen Teil auch nicht konvertibel.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden, bei dessen Ermittlung auch unmittelbar bestehende Ausgleichsansprüche – den Verpflichtungsumfang mindernd – berücksichtigt werden.

Rückstellungen, für die ein unmittelbarer Ausgleichsanspruch besteht, wurden nicht angesetzt.

Alle versicherungsmathematisch berechneten Rückstellungen wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins (veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank) der vergangenen sieben Geschäftsjahre bewertet worden.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die GIZ die bis zum 30. Juni 2015 nach dem Tarifvertrag Nr. 3 über die betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für die Mitarbeiter/-innen der Zentrale (alte bAV) erworbenen Ansprüche der betrieblichen Altersversorgung auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Im Jahr 2016 wurden die restlichen Ansprüche mit Wirkung zum 1. September 2016 auf die im Jahr 2015 gegründete GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagert.

Die bis zum 31. Dezember 2015 entstandenen Verpflichtungen aus dem Versorgungstarifvertrag vom 1. März 2004 (bAV 2005) wurden 2015 von der GIZ Unterstützungskasse GmbH übernommen und im Geschäftsjahr 2017 auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche aus entstandenen Verpflichtungen seit dem 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 aus diesem Versorgungstarifvertrag, welche 2016 noch von der GIZ selbst erfüllt wurden, wurden 2017 ebenfalls auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 werden durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH erfüllt.

Die ausgelagerten Zusagen sind wegen der künftigen Erfüllung durch die Deutscher Pensionsfonds AG bzw. die GIZ Unterstützungskasse GmbH als mittelbare Verpflichtung zu klassifizieren.

Für mittelbare Verpflichtungen besteht nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Zu jedem Bilanzstichtag ist die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der eingefrorenen Rückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Nicht realisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt, soweit diese nicht in eine Bewertungseinheit einbezogen sind und nicht durch gegenläufige Wertänderungen das Grundgeschäft kompensiert werden. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bewertungseinheiten werden nach der Einfrierungsmethode bilanziert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern resultieren aus den nachstehenden temporären Differenzen.

BILANZPOSITION

	31.12.2017		31.12.2017 Latente Steuern
	Differenz Handels- vs. Steuerbilanz	Steuersatz	
	in €	in %	in €
Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	- 168.090	27,725	- 46.603
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.003.130	27,725	4.991.368
Sonstige Rückstellungen	1.959.081	27,725	543.155
Sonstige Verbindlichkeiten	- 778.156	27,725	- 215.744
			5.272.176

Zum Bilanzstichtag ergeben sich saldiert aktive latente Steuern von 5.272.176 €. Die GIZ macht von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB für einen Aktivüberhang latenter Steuern keinen Gebrauch.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gewinnverwendung

Der Gesellschaftsvertrag legt fest, dass Gewinne ausschließlich für gemeinnützige und satzungsgemäße Zwecke zu verwenden sind.

Eine Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen erfolgt in Höhe des Jahresüberschusses von 19.295.401 €.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(1) IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SACHANLAGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang (Anlagenspiegel) dargestellt.

(2) FINANZANLAGEN

Im Geschäftsjahr 2015 gründete die GIZ ihre eigene Versorgungseinrichtung, die GIZ Unterstützungskasse GmbH mit Sitz in Bonn, und hält alle Anteile. Das Eigenkapital der GIZ Unterstützungskasse GmbH betrug zum 31. Dezember 2017 25.000 € und das Jahresergebnis im Geschäftsjahr 0 €.

Seit 2014 besitzt die GIZ Anteile in Höhe von 51 % an dem verbundenen Unternehmen GIZ-Festo Training Services LLC in Riad, Saudi-Arabien. Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug bei Gründung im Jahr 2014 500.000 SAR (umgerechnet zum Stichtagskurs 31. Dezember 2017: 111.232 €). Das Eigenkapital der GIZ-Festo Training Services LLC betrug im Geschäftsjahr 2016 – 1.441.521 SAR (umgerechnet zum Stichtagskurs 31. Dezember 2017: – 320.687 €) und der Jahresfehlbetrag 1.701.221 SAR (umgerechnet zum Stichtagskurs 31. Dezember 2017: 378.461 €). Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 liegt noch nicht vor.

Des Weiteren hält die GIZ seit 2010 eine Beteiligung in Höhe von 49 % an der sequa gGmbH mit Sitz in Bonn zu Anschaffungskosten von 535.862 €. Im Geschäftsjahr 2016 betragen das Eigenkapital der sequa gGmbH

2.772.920 € und der Jahresüberschuss 438.618 €. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 liegt noch nicht vor.

Das Verwaltungskostenguthaben wird bei der Deutscher Pensionsfonds AG separat geführt und von dieser verwaltet. Über die Entwicklung und den Stand des Verwaltungskostenguthabens erfolgt jährlich eine Mitteilung des Pensionsfonds an die GIZ. Das Verwaltungskostenguthaben beträgt zum Stichtag 19.002.020 €.

(3) VORRÄTE

Geleistete Anzahlungen

Von den geleisteten Anzahlungen in Höhe von 444.526.663 € sind insgesamt 11.005.700 € durch Bürgschaften gesichert. Die geleisteten Anzahlungen sind mit 1 % pauschalwertberichtigt. Insgesamt haben 92.307.123 € (i. Vj. 51.619.991 €) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

(4) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr	Gesamt 2017	davon gegen die Gesellschafterin	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr	Gesamt 2016	davon gegen die Gesellschafterin
	in €	in €	in €	in €	in T€	in T€	in T€	in T€
1. Forderungen aus Leistungen								
gemeinnütziger Geschäftsbereich	40.284.162	0	40.284.162	36.250.300	45.951	0	45.951	41.615
steuerpflichtiger Geschäftsbereich	50.608.182	0	50.608.182	0	67.802	0	67.802	0
	90.892.344	0	90.892.344	36.250.300	113.753	0	113.753	41.615
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	542.447	0	542.447	0	346	0	346	0
3. Vermögen in den Projekten								
Kassen- und Bankbestände	56.863.399	0	56.863.399	0	71.084	0	71.084	0
vorgelegte Partnerschaftsleistungen	108.196	0	108.196	0	155	0	155	0
Forderungen, Sonstiges	122.649.365	0	122.649.365	0	107.290	0	107.290	0
Verbindlichkeiten, Sonstiges	-8.020.186	0	-8.020.186	0	-6.041	0	-6.041	0
	171.600.774	0	171.600.774	0	172.488	0	172.488	0
4. Sonstige Vermögensgegenstände								
Forderungen								
aus Agio, vgl. (5)	0	4.090.335	4.090.335	4.090.335	0	4.090	4.090	4.090
aus Mietvorschüssen im Ausland	2.888.210	0	2.888.210	0	2.595	0	2.595	0
an Personal aus Reise- und Aufwendungsvorschüssen	5.234.469	2.250	5.236.719	0	4.379	20	4.399	0
an Finanzämter	5.779.188	239.921	6.019.109	0	1.008	240	1.248	0
Sonstige	24.313.320	0	24.313.320	0	21.262	0	21.262	0
	38.215.187	4.332.506	42.547.693	4.090.335	29.244	4.350	33.594	4.090
	301.250.752	4.332.506	305.583.258	40.340.635	315.831	4.350	320.181	45.705

(5) KAPITAL DER GESELLSCHAFT (DURCH EINZAHLUNG)

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage werden zum Nennwert bilanziert.

	2017	2016
	in €	in €
Gezeichnetes Kapital	20.452.000	20.452.000
Kapitalrücklage	5.112.919	5.112.919
Dagegen stehen:		
ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	11.759.713	11.759.713
noch nicht eingefordertes Agio, vgl. (4)	4.090.335	4.090.335

Bei den ausstehenden Einlagen auf das gezeichnete Kapital handelt es sich um die noch nicht eingeforderten Teile der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23. Juni 1978 durchgeführten und im Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung. Die beiden letztgenannten Posten sind als Risikokapital anzusehen und können im Bedarfsfall mit Zustimmung der Gesellschafterin eingefordert werden.

(6) SATZUNGSMÄSSIGE RÜCKLAGEN

Entwicklung der satzungsmäßigen Rücklagen

	in €
Vortrag zum 1. Januar 2017	116.857.067
Einstellung des Jahresüberschusses	19.295.401
Stand 31. Dezember 2017	136.152.468
Davon entfallen auf:	
gebundene Rücklagen	106.883.100
freie Rücklagen	29.269.368
	136.152.468

(7) RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die noch ausgewiesenen Rückstellungen betreffen die in den Jahren 2015 bis 2017 ausgelagerten Pensionsverpflichtungen. Diese Rückstellungen wurden zum Zeitpunkt der Auslagerung in Höhe des bilanzierten Betrages eingefroren.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden versicherungsmathematisch mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre berechnet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Ausweis des Zinsänderungseffektes erfolgt netto im Finanzergebnis.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	in %
Rechnungszinssatz	3,68
Anwartschaftsdynamik neue betriebliche Altersversorgung	4,48
Anwartschaftsdynamik alte betriebliche Altersversorgung	3,88
Rentendynamik betriebliche Altersversorgung 2005, jährlich	1,00
Rentendynamik alte betriebliche Altersversorgung, alle zwei Jahre	1,00
BBG-Trend (Beitragsbemessungsgrenze-Trend), jährlich	2,50
Fluktuation, gestaffelt nach Alter, bis	12,00

Für die Ansprüche aus der alten bAV (d. h. vor 2005) und die Ansprüche aus der bAV 2005 (mittelbare Verpflichtungen) besteht nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Demnach ist zu jedem Bilanzstichtag die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der eingefrorenen Rückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Somit ergibt sich zum Bilanzstichtag für die mittelbare Verpflichtung, welche durch die Deutscher Pensionsfonds AG erfüllt wird, eine Unterdeckung von 67.467.370 €.

	in €
Erfüllungsbetrag	618.397.920
Pensionsfondsvermögen	483.588.661
Eingefrorene Pensionsrückstellung	67.341.889
Unterdeckung	67.467.370

Es liegt für die mittelbare Verpflichtung, welche durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH, Bonn, erfüllt wird, zum Stichtag keine Unterdeckung vor.

	in €
Erfüllungsbetrag	153.194.417
Unterstützungskassenvermögen	8.250.407
Aktivwert Rückdeckungsversicherungen	72.895.404
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	72.048.606
Unterdeckung	0

Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Altersteilzeit- und Beihilfeverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Berechnungsverfahren ermittelt. Dabei sind fristenkonforme durchschnittliche Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,73 % und 2,80 % angewendet worden.

Die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit in Höhe von 181.097 € wurden mit einer Festgeldanlage (Deckungsvermögen) von 50.000 € verrechnet. Der Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

Die Rückstellung für Langzeitkonten wird analog den Vorschriften für wertpapiergebundene Versorgungszusagen nach § 253 Abs. 1 S. 3 HGB mit dem Zeitwert bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre bewertet worden.

Die im Wesentlichen gebildeten sonstigen Rückstellungen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	2017	2016
	in €	in T€
Langzeitkonten	29.149.647	24.286
Gegenwertzahlung aufgrund des Ausscheidens aus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)	25.562.000	24.786
Gewährleistungs- und Kalkulationsrisiken	13.983.048	17.731
Variable Vergütung	10.157.618	8.938
Urlaubsguthaben	9.926.323	8.777

(8) VERBINDLICHKEITEN

	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit 1 – 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamt 2017	davon gegenüber Gesellschafterin
	in €	in €	in €	in €	in €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	65.200.000	65.200.000	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
gemeinnütziger Geschäftsbereich	927.057.392	0	0	927.057.392	908.619.511
steuerpflichtiger Geschäftsbereich	61.040.939	0	0	61.040.939	0
	988.098.331	0	0	988.098.331	908.619.511
abzüglich					
noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	- 18.749.812	0	0	- 18.749.812	- 16.252.614
	969.348.519	0	0	969.348.519	892.366.897
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56.128.232	0	0	56.128.232	0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	28.120.465	491.281	908.086	29.519.832	0
	1.053.597.216	491.281	66.108.086	1.120.196.583	892.366.897

Darlehensvertrag

Zwischen der GIZ und der Deutsche Postbank AG besteht ein Darlehensvertrag für den Erwerb des Grundbesitzes und die Herstellung des GIZ-Campus in Bonn mit einer Laufzeit bis zum 2. Januar 2031. Die Darlehenssumme beträgt 104.037.000 €. Zum Bilanzstichtag waren 65.200.000 € von dem Darlehen ausgezahlt.

Zur Besicherung des Darlehens wurde eine Buchgrundschuld für den im Bau befindlichen GIZ-Campus in Bonn in Höhe von 104.037.000 € nebst 15 % jährlicher Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % eingetragen. Daneben wurde eine weitere Buchgrundschuld in Höhe von 65.100.000 € nebst 15 % jährlicher Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % auf den Grundbesitz „Mäander“ eingetragen.

Für diese Immobilienfinanzierung wurde eine Zins-Swap-Vereinbarung abgeschlossen. Hierzu wurde für jeden Monat der Kreditlaufzeit der vereinbarte Festzins über Zins-Swaps abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem zugehörigen Darlehen bilden. Im Rahmen der Zins-Swap-Vereinbarung werden die variablen Zinsaufwendungen für das aufgenommene Immobiliendarlehen in Festzinszahlungen transformiert.

Grundgeschäft/ Sicherungsgeschäft	Risiko/ Art der Bewertungseinheit	Einbezogener Betrag
Variable Zinszahlung aus Kreditfinanzierung/ Zinsswap	Zinsrisiko/ Microhedge	65.200.000 €

Das Grundgeschäft ist ein variabel verzinstes Darlehen und hat eine Laufzeit bis Januar 2031; bis dahin werden sich die gegenläufigen Wertänderungen aus Grund- und Sicherungsgeschäft voraussichtlich ausgleichen.

Die prospektive Effektivität, d. h. für den Planungszeitraum von Sicherungsbeginn und an jedem Stichtag für den noch offenen Zeitraum der Sicherungsbeziehung, wurde mittels der dokumentierten Gegenüberstellung der aufeinander abgestimmten Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Sämtliche Parameter (Nominal, Laufzeit und Indices) zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft stimmen überein.

Die retrospektive Effektivität, d. h. die jeweiligen Ist-Zahlen zum Bilanzstichtag, wurde anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Die buchhalterische Abbildung erfolgt mit der Einfrierungsmethode.

	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit 1 - 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamt 2016	davon gegenüber Gesellschafterin
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
gemeinnütziger Geschäftsbereich	740.598	0	0	740.598	718.725
steuerpflichtiger Geschäftsbereich	47.790	0	0	47.790	0
	788.388	0	0	788.388	718.725
abzüglich					
noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	- 14.398	0	0	- 14.398	- 12.315
	773.990	0	0	773.990	706.410
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	43.183	0	0	43.183	0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	25.527	491	908	26.926	0
	842.700	491	908	844.099	706.410

(9) VERMERKPOSTEN TREUHANDVERMÖGEN/ TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

	2017		2016	
	in €		in €	
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	3.889.992		1.640.805	
Deutsches Haus Moskau	0		179.394	
Beteiligungen	1		1	
	3.889.993		1.820.200	

Dem Vermögen von 3.889.993 € stehen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(10) UMSATZERLÖSE

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen

	2017		2016	
	in €		in €	
Auftragsgeschäfte	2.239.315.788		2.006.371.661	
Zuwendungsgeschäfte (inkl. fremdfinanzierter Eigenmaßnahmen)	20.360.190		26.267.072	
GnB	2.259.675.978		2.032.638.733	
InS	84.971.196		164.794.900	
	2.344.647.174		2.197.433.633	

Umsatzerlöse nach Sitz der Auftraggeber

	2017		2016	
	in €	in %	in €	in %
Bundesrepublik Deutschland	2.284.021.292	97	2.058.405.924	94
Übriges Europa	44.899.403	2	76.806.793	3
Afrika	9.980.756	<1	17.174.721	<1
Amerika	1.869.474	<1	4.743.469	<1
Asien	3.876.249	<1	40.302.726	2
	2.344.647.174		2.197.433.633	

Umsatzerlöse nach regionaler Tätigkeit

	2017		2016	
	in €	in %	in €	in %
Afrika	724.968.647	31	694.476.048	31
Amerika	167.847.119	7	171.842.162	8
Asien	684.101.710	29	709.256.425	32
Europa	265.350.032	11	161.833.249	7
Ozeanien	6.862.668	<1	5.595.803	<1
Überregional	495.516.998	21	454.429.946	21
	2.344.647.174		2.197.433.633	

(11) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die Erträge aus Fremdwährungsbewertungen belaufen sich auf 2.839.375 € (i. Vj. 3.819.697 €). Die periodenfremden Erträge betragen 50.892.660 € (i. Vj. 12.102.882 €). Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen.

(12) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die Aufwendungen aus Fremdwährungsbewertungen belaufen sich auf 5.788.999 € (i. Vj. 2.229.615 €). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 71.693 € (i. Vj. 398.835 €).

Unter dieser Position wird der Aufwand für die Jahresabschlussprüfung von 120.000 €, für Steuerberatung 63.600 € sowie für weitere Prüfungen von 118.400 €, die durch den Abschlussprüfer durchgeführt wurden, ausgewiesen.

(13) ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

Diese Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Aufzinsung der sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr in Höhe von 416.397 € (i. Vj. 467.011 €).

(14) STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2017	2016
	in €	in €
Körperschaftsteuer		
Ertrag Vorjahr	335.528	579.016
Aufwand lfd. Jahr	-283.264	-2.417.974
Aufwand Vorjahr	-87.500	0
Gewerbeertragsteuer		
Ertrag Vorjahr	-923	90.396
Aufwand lfd. Jahr	0	-485.129
	-36.159	-2.233.691

Wesentliche Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ergaben sich nicht.

SONSTIGE ANGABEN**GESELLSCHAFTSRECHTLICHE GRUNDLAGEN**

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit Sitz in Bonn und Eschborn ist unter HR B 18394 in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn und unter HR B 12394 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

GESAMTBETRAG DER SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN**Verpflichtungen aus Mietverträgen**

Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und Parkplätze (2018 bis 2027): 63.026.205 €. Davon sind im Jahr 2018 12.114.407 € fällig.

Verpflichtungen aus Bestellobligo für Investitionsvorhaben

Zum Bilanzstichtag besteht ein Bestellobligo für Investitionsvorhaben in Höhe von 39.029 Mio. €.

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen

Die GIZ Unterstützungskasse GmbH hat die Leistungspläne II und III aufgestellt; zur Finanzierung der

Versorgungsleistungen wendet die GIZ der GIZ Unterstützungskasse GmbH die erforderlichen Mittel zu. Der im Jahr 2015 geschlossene Leistungsplan I wurde 2017 aufgehoben.

Eventualverbindlichkeiten

Zur gemeinsamen Akquisition und Durchführung von Projektmaßnahmen in unterschiedlichen Aufgabebereichen (Beschaffung von Sachgütern, Erbringung von Dienstleistungen) arbeitet die GIZ in mehreren Arbeitsgemeinschaften mit Partnern aus verschiedenen Ländern der EU und weiteren Ländern zusammen.

Für alle Arbeitsgemeinschaften gilt, dass jedes Mitglied dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch haftet. Eine Haftungsminimierung der GIZ ist durch die Federführung und durch die Bereitstellung von Projektmitteln im Rahmen des Projektfortschritts gegeben, daher wird aus diesem Grund nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet. Zum Bilanzstichtag bestehen insgesamt elf Arbeitsgemeinschaften. In acht dieser Arbeitsgemeinschaften ist die GIZ federführend tätig.

Das Risiko aus der Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften beläuft sich per 31. Dezember 2017 auf 256.051 €. Mit einer Inanspruchnahme wird aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht gerechnet.

Die GIZ ist nach Zustimmung der relevanten Ministerien im Dezember 2007 Mitglied von EUNIDA (European Network of Implementing Development Agencies) mit Sitz in Brüssel geworden. Es handelt sich hierbei um eine „Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung“ (EWIV) mit elf (i. Vj. acht) Mitgliedern, deren Zweck neben der Förderung des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedern auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit auch die Abgabe gemeinsamer Angebote zur Durchführung von Projekten ist. Die Vereinigung wurde ohne Eigenkapital gegründet.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigtes Personal

	2017	2016
Inlandsmitarbeiter/-innen	2.127	2.006
Projektmitarbeiter/-innen (Inland)	1.643	1.477
Auslandsmitarbeiter/-innen	2.259	2.155
Gesamt GIZ (ohne Nationales Personal)	6.029	5.638
Nationales Personal	13.042	12.397
Gesamt GIZ	19.071	18.035

ANGABEN ZUM AUFSICHTSRAT UND ZUM VORSTAND

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

Dr. Friedrich Kitschelt
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn
(bis 4. April 2018)

Martin Jäger
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn
(ab 4. April 2018)

1. Stellv. Vorsitzender

Dr. Stephan Krall
Kompetenzcenterleiter in der GIZ, Eschborn
(bis 7. Juli 2017)

Jan Wesseler
Berater Zentralafrika in der GIZ, Ruanda
(ab 7. Juli 2017)

2. Stellv. Vorsitzende/-r

Daniela Spies
Bereichsberaterin in der GIZ, Eschborn
(bis 7. Juli 2017)

Dr. Stephan Krall
Kompetenzcenterleiter in der GIZ, Eschborn
(ab 7. Juli 2017)

Claudia Dörr-Voß
Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie, Berlin (ab 8. März 2017)

Anja Hajduk
MdB, Berlin

Armin Hofmann
Programmleiter in der GIZ, Myanmar

Winnie Kauderer
Junior-Fachkonzeptionistin in der GIZ, Bad Honnef
(bis 7. Juli 2017)

Volkmar Klein
MdB, Berlin

Antonia Kühn
Gewerkschaftssekretärin, Deutscher Gewerkschaftsbund
(DGB) – Bezirk NRW, Düsseldorf (bis 7. Juli 2017)

Birgit Ladwig
Büroleiterin, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
(ver.di) – Bundesverwaltung, Berlin

Christine Lambrecht
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium
der Finanzen, Berlin (ab 18. April 2018)

Michael Leutert
MdB, Berlin

Walter J. Lindner
Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Berlin
(ab 8. März 2017)

Dr. Sabine Müller
Bereichsleiterin in der GIZ, Eschborn

Jens Neumann
Betriebsrat in der GIZ, Eschborn
(ab 7. Juli 2017)

Mariella Regh
Beraterin in der GIZ, Bonn (ab 7. Juli 2017)

Thomas Schenk
Landesfachbereichsleiter Landesbezirk Hessen,
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
Frankfurt am Main

Paul Schlüter
Betriebsrat der GIZ, Bonn (ab 7. Juli 2017)

Johannes Schmalzl
Hauptgeschäftsführer der IHK Stuttgart, Stuttgart
(bis 18. April 2018)

Ursula Schoch
Projektleiterin in der GIZ, Bonn (bis 7. Juli 2017)

Wolfram Schöhl
Vorsitzender des Stiftungsvorstandes der Deutschen
Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Bonn

Tobias Schürmann
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin
(ab 7. Juli 2017)

Dr. Julius Spatz
Abteilungsleiter in der GIZ, Eschborn (bis 7. Juli 2017)

Sonja Steffen
MdB, Berlin

Stephan Steinlein
Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Berlin
(bis 8. März 2017)

Dagmar Wöhl
MdB, Berlin

Brigitte Zypries
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Berlin
(bis 31. Januar 2017)

VORSTAND

Tanja Gönner
Sprecherin des Vorstands

Dr. Christoph Beier
Stellvertretender Sprecher des Vorstands

Dr. Hans-Joachim Preuß

Cornelia Richter
(bis 31. Januar 2018)

ANGABEN ZUR VERGÜTUNG

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder enthält in der Regel zusätzlich zu einem fixen Gehalt einen variablen Bestandteil. Für tätige Vorstandsmitglieder beliefen sich die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2017 auf 1.021.070 €.

Für die aktiven Vorstände besteht zum 31. Dezember 2017 eine mittelbare Pensionsverpflichtung in Höhe von 5.041.114 €. Zur Finanzierung dieser Pensionszusagen hat die GIZ GmbH im Jahr 2017 Zuwendungen in Höhe von 608.164,50 € an die GIZ Unterstützungskasse GmbH gezahlt.

	Fixum	Variable Vergütung	Gesamt
	in €	in €	in €
Tanja Gönner	243.296	37.334	280.630
Dr. Christoph Beier	222.590	37.667	260.257
Dr. Hans-Joachim Preuß	214.480	28.000	242.480
Cornelia Richter	190.825	29.000	219.825
Sonstige Vergütungsbestandteile			17.878
Summe Gesamtbezüge			1.021.070

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden 2017 lediglich die entstandenen Reisekosten in Höhe von 28.115 € erstattet, eine gesonderte Vergütung erfolgte nicht.

Für ein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung besteht eine Rückstellung für Übergangsgeld in Höhe von 670.585 €. Die Zahlungen für Übergangsgeld im Jahr 2017 beliefen sich auf insgesamt 101.808 €. Die mittelbare Pensionsverpflichtung ehemaliger Geschäftsführer und Vorstände beträgt 7.361.274 €.

KREDITE AN ORGANE DER GESELLSCHAFT

ARBEITNEHMER IM AUFSICHTSRAT

	in €
Darlehen am 1.1.2017	17.631
Tilgung	2.387
Stand am 31.12.2017	15.244

Die Laufzeit beträgt einheitlich 15 Jahre und 2 Monate, der Zinssatz 2,5% p.a.

Bonn/Eschborn, den 18. Mai 2018

Der Vorstand

Tanja Gönner
Sprecherin des Vorstands

Dr. Christoph Beier
Stellvertretender Sprecher
des Vorstands

Dr. Hans-Joachim Preuß
Mitglied des Vorstands

**ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS
IM GESCHÄFTSJAHR 2017**

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				31.12.2017 in €
	01.01.2017 in €	Zugänge in €	Umbuchung in €	Abgänge in €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.272.363	970.529	0	71.895	7.170.997
	6.272.363	970.529	0	71.895	7.170.997
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	220.780.389	10.086.383	13.870.966	0	244.737.738
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.137.184	7.183.071	145.916	3.172.699	47.293.472
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	45.424.688	65.768.182	- 14.016.882	0	97.175.988
	309.342.261	83.037.636	0	3.172.699	389.207.198
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75.881	0	0	0	75.881
2. Beteiligungen	535.862	0	0	0	535.862
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	163.944.850	19.999.983	0	71.277.070	112.667.763
4. Sonstige Ausleihungen	721.000	0	0	119.408	601.592
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben	7.528.319	11.473.701	0	0	19.002.020
	172.805.912	31.473.684	0	71.396.478	132.883.118
	488.420.536	115.481.849	0	74.641.072	529.261.313

KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN			BUCHWERTE		
01.01.2017	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016
in €	in €	in €	in €	in €	in €
4.155.563	755.148	61.515	4.849.196	2.321.801	2.116.800
4.155.563	755.148	61.515	4.849.196	2.321.801	2.116.800
55.370.485	4.770.497	0	60.140.982	184.596.756	165.409.904
27.937.353	5.385.156	3.054.308	30.268.201	17.025.271	15.199.831
0	0	0	0	97.175.988	45.424.688
83.307.838	10.155.653	3.054.308	90.409.183	298.798.015	226.034.423
0	0	0	0	75.881	75.881
0	0	0	0	535.862	535.862
0	0	0	0	112.667.763	163.944.850
150.950	0	33.772	117.178	484.414	570.050
0	0	0	0	19.002.020	7.528.319
150.950	0	33.772	117.178	132.765.940	172.654.962
87.614.351	10.910.801	3.149.595	95.375.557	433.885.756	400.806.185

3

**BESTÄTIGUNGS-
VERMERK
DES ABSCHLUSS-
PRÜFERS**

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der ange-

wandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mainz, den 18. Mai 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Reichel
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36+40 Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
53113 Bonn, Deutschland 65760 Eschborn, Deutschland
T +49 228 44 60-0 T +49 61 96 79-0
F +49 228 44 60-17 66 F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de f www.facebook.de/gizprofile
I www.giz.de t twitter.com/giz_gmbh

Lektorat:
textschrittmacher, Lübeck

Gestalterische Konzeption und Satz:
Scheufele Hesse Eigler
Kommunikationsagentur GmbH,
Frankfurt am Main

Druck:
Druckerei Lokay e.K.
Königsberger Str. 3
64354 Reinheim

Klimaneutraler Druck auf
100 % Recyclingpapier

Papier:
Umschlag: BalancePure weiß
350 g/m²
Innenteil: BalancePure weiß
120 g/m²

Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten
sind mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.



Erscheinungstermin:
Juli 2018



NUR EINEN KLICK ENTFERNT

ALLE INFORMATIONEN

GIBT ES JETZT AUCH ONLINE:

BERICHTERSTATTUNG.GIZ.DE

Die Onlinepräsenz des integrierten Unternehmensberichts der GIZ bietet neben finanziellen Informationen und Kennzahlen zum aktuellen Berichtsjahr Einblick in die weltweiten Dienstleistungen der GIZ. Der Bericht beleuchtet, wie Verantwortung und Nachhaltigkeit in der GIZ strategisch verankert und umgesetzt werden. Mit dieser Darstellung der Zusammenhänge möchten wir zeigen, wie wir zusammen mit unseren Auftraggebern und Partnern den globalen Herausforderungen mit wirksamen Lösungen für nachhaltige Entwicklung begegnen.

Auch die vollständige Nachhaltigkeitsberichterstattung der GIZ mit regelmäßig aktualisierten Angaben zu unserer unternehmerischen Nachhaltigkeit finden Sie auf unserer Onlinepräsenz. Besuchen Sie uns unter:

berichterstattung.giz.de

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36+40
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de
I www.giz.de

f www.facebook.de/gizprofile
t twitter.com/giz_gmbh